

WILHELM RIBHEGGE

Schwerindustrie, Gewerkschaften und Politik an der Ruhr im 19. und 20. Jahrhundert

Das Gesetz über die Mitbestimmung in der Kohle- und Stahlindustrie von 1951
in der deutschen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts

Vorbemerkungen

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war die Stadt Bonn, in der im Frühjahr 1951 das Gesetz über die Mitbestimmung in der deutschen Montanindustrie nach leidenschaftlichen öffentlichen Debatten verabschiedet wurde, eine kleine Universitätsstadt und – bis 1802 – eine kurfürstliche Residenz.¹ Die Professoren der Universität stritten sich wohl gelegentlich untereinander, so um die aufgeklärte Theologie des aus Münster berufenen katholischen Theologen Hermes, aber an Kohle und Stahl dachte man eigentlich im Bonn vor 1850 kaum. Eher galt schon für Bonn jener Satz aus dem englischen Roman von Thackeray „Vanity Fair“, der schlaglichtartig die Szenerie einer gemütlichen deutschen Mittelstadt am Rhein um das Jahr 1820, nach dem Sturz Napoleons, beleuchtet: „Everybody in Pumpnickel knew everybody.“²

Allerdings, in der preußischen Verwaltung – und Bonn gehörte seit dem Beginn des Jahrhunderts zu Preußen – machte man sich schon einige Gedanken, wenn auch noch nicht über Kohle und Stahl, so doch über Kohle und Eisen. Schon Freiherr vom Stein, seit 1796 Oberpräsident für die preußischen Gebiete an Rhein und Ruhr, hatte sich intensiv mit dem Gedanken der „Staatswirtschaft“ befaßt,³ wie er in seiner Autobiographie schreibt, und aufmerksam Anregungen aus dem sich industrialisierenden England aufgenommen. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung waren an Rhein und Ruhr bereits miteinander verwoben, bevor

1 Dieser Beitrag weicht methodisch von anderen bekannten regionalgeschichtlichen Arbeiten und generellen Darstellungen zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts ab. (Vgl. die beiden Bände 9 und 10 der Reihe „Deutsche Geschichte“ bei Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen von Hans-Ulrich Wehler und Gerhard Schulz.) Um den Text aber nicht zu überladen, wird auf eine ausführliche theoretische und methodische Vorüberlegung verzichtet. Manche anfängliche Fragen beantworten sich bei der Lektüre von selbst. Für das zugegeben etwas ungewöhnliche Konzept eines „Zwischenwegs“ zwischen Regional-, Wirtschafts-, Sozial- und politischer Geschichte sei auf die Überlegungen von Richard J. Evans in der Einleitung des von ihm herausgegebenen Sammelbands „Society and Politics in Wilhelmine Germany“ (London 1978) hingewiesen: „Introduction: Wilhelm II's Germany and the Historians“ (a.a.O., S. 11-39). Die folgende Bemerkung von Evans gilt, erweitert, auch für diesen Beitrag über die Geschichte der Ruhrindustrie: „A major purpose... is to rehabilitate Wilhelmine society as an object of study in its own right, to demonstrate its diversity and to show something of the wealth of political and social processes that were taking place in it.“ (S. 35) – Die „narrative“ Form dieses Beitrags bedarf ebensowenig einer Begründung: sie liest sich besser, und dadurch wird auch die Sache verständlicher.

2 W. M. Thackeray, *Vanity Fair. A Novel without a hero*, Washington 1947 (1847), S. 674.

3 Die Autobiographie des Freiherrn vom Stein, hg. v. Kurt von Raumer, Münster 1960, S. 29.

man sich voll bewußt geworden war, welche industriellen Kräfte das Land in sich barg, und die Verzahnung von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung blieb auch nach der industriellen Explosion seit der Mitte des 19. Jahrhunderts bestehen, besteht bis heute.

In den folgenden Überlegungen soll versucht werden, im Blick auf ein zentrales Gesetz, das Gesetz über die Einführung der Mitbestimmung in der Kohle und Stahl erzeugenden Industrie von 1951, die Sozialgeschichte und politische Geschichte von Rhein und Ruhr vor unseren Augen Revue passieren zu lassen.

Die Feststellung, daß sich die Montanindustrie an Rhein und Ruhr gewissermaßen traditionell durch eine enge Verbindung von Verwaltung und Wirtschaft auszeichnet, wobei nicht zuletzt das Wirtschaftsrecht die Verbindung herstellt, bedarf noch einiger, geschichtlich etwas ausholender, in der Sache aber sicherlich sinnvoller Erklärungen.

Preußische Verwaltung

Bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren der Bergbau und die damit verbundenen Rechte und Zuständigkeiten eine Sache des Landesherrn. Dieser Zustand war aus dem Mittelalter überkommen, und er hatte sich auch reibungslos in die zunehmende staatliche Wirtschaftstätigkeit Preußens im 18. Jahrhundert einfügen lassen. Das „Preußische Allgemeine Landrecht“ von 1794 hatte diese Verhältnisse im Berg- und Hüttenwesen rechtlich kodifiziert. Die Zechen an der Ruhr unterstanden bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts königlichen Behörden, wurden also von Beamten geleitet. Auf die sorgfältige Ausbildung dieser Bergbeamten wurde zunehmend größerer Wert gelegt. So entstand im 19. Jahrhundert der Typus des examinierten Bergassessors, der auch betriebswirtschaftliche Kenntnisse vorweisen mußte. Die Führung der Zechen regelte sich nach dem staatlichen „Direktionsprinzip“.⁴ Das entsprach selbstverständlich nicht den Vorstellungen einer freien Wirtschaft, wie sie sich bereits weitaus stärker als in Deutschland in England und Frankreich seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert durchgesetzt hatten, und es widersprach den Grundsätzen des unternehmerischen Wettbewerbes und des freien Markts der Arbeitskräfte, wie sie Adam Smith 1776 in seiner Untersuchung „On the Wealth of the Nations“ formuliert hatte. Adam Smith warf der damaligen europäischen Politik des 18. Jahrhunderts vor, die wirtschaftliche Freiheit einzuschränken „by obstructing the free circulation of labour and stock, both from employment to employment and from place to place“.⁵

Doch hatte die preußische Lösung nicht nur Nachteile. Sie sicherte das im

4 Wilhelm *Treue*, Gesellschaft, Wirtschaft und Technik Deutschlands im 19. Jahrhundert, in: Gebhardt, Handbuch der dt. Geschichte, Stuttgart ⁹1970, S. 123.

5 Adam *Smith*, The Wealth of the Nations, ed. by Andrew Skinner, Harmondsworth 1974 (Pelican Classics), S. 222.

Bergbau unabdingbare hohe Qualifikationsniveau der verantwortlichen Leitung – das war jedenfalls die Intention und meist auch die Praxis – und gab den Bergarbeitern einen öffentlich-rechtlich verankerten sozialen Schutz. Es lohnt sich, einen Augenblick bei dieser vor-industriellen Regelung der Rechtsverhältnisse im Berg- und Hüttenwesen durch das preußische Landrecht von 1794 zu verweilen:⁶ Das Bergwerksregal fällt dort unter die „Rechte des Staates auf herrenlose Güter und Sachen“. Das ist nicht unwichtig, denn es bedeutet: Die Bodenschätze sind öffentliches, nicht privates Eigentum, das heißt, aus der mittelalterlichen Tradition unterliegen sie zunächst der Verfügungsgewalt des jeweiligen Landesherrn – von daher „Regal“ –, später, als der Verwaltungsstaat an die Stelle der personenorientierten mittelalterlichen politischen Verfassung trat, unterliegen sie der Verfügungsgewalt des Landes, in diesem Fall, für das Ruhrgebiet, der ehemaligen Grafschaft Mark, dem Land Preußen. „Alle Fossilien“, so hatten es die preußischen Juristen im Landrecht von 1794 formuliert, „woraus Metalle und Halbmetalle gewonnen werden können, gehören ausschließlich zum Bergwerksregal“.⁷ Das Recht des Bergbaus vergab das Land: „Wer ein Stockwerk, Erzlager, Gang oder Flötz von solchen Fossilien... bauen will, muß damit gehörig beliehen seyn“.⁸

Aber auch nach dem Erwerb seiner Schürf- oder Hüttenrechte war der Unternehmer in seiner wirtschaftlichen Tätigkeit nicht frei. Denn er unterstand den Weisungen des jeweiligen Bergamts: „Jeder Beliehene muß sein Bergwerkseigentum den Grundsätzen der Bergwerkspolizey gemäß benutzen und kann sich dabey der Aufsicht und Direction des Bergamts nicht entziehen“.⁹ Darüber hinaus war ein Zehntel der geschürften Metalle und Mineralien an den Staat abzuführen.

Die Anteile einer Gewerkschaft – hier handelte es sich anders als in unserem heutigen Sprachgebrauch um die Gesellschaft der Bergwerkseigentümer – waren auf 128 Kuxe beschränkt.¹⁰ Darüberhinaus – und das klang 1794 noch etwas mittelalterlich – verblieben zwei Anteile, oder Erbkuxe, bei dem Grundherrn, zwei bei der Kirche und Schule, „unter deren Sprengel die Zeche liegt“ (so wörtlich), und zwei bei der jeweiligen Knappschafts- und Armenkasse. Die Begrenzung auf 128 Kuxe behinderte natürlich die Investitionsmöglichkeiten,

6 Vgl. „Vom Bergwerksregal“ (Zweyther Teil, 16. Titel des PrALR); Textausgabe: Preußisches Allgemeines Landrecht von 1794, hg. v. H. *Hattenhauer* u. G. *Bernert*, Frankfurt/M – Berlin 1970, S. 605-619.

7 PrALRG, 2. Teil, 16. Titel, § 69.

8 PrALRG, 2. Teil, 16. Titel, §79.

9 PrALRG, 2. Teil, 16. Titel, § 82. – Ähnlich die Regelungen für den Hüttenbetrieb; so in § 85: „Hüttenwerke darf niemand ohne Erlaubnis des vorgesetzten Bergamts anlegen.“ Ferner §88: „Die Anlegung muß unter Aufsicht des Bergamts geschehen; und es muß darüber besondere Beileihung nachgesucht werden.“

10 PrALRG, 2. Teil, 16. Titel, § 133.

weil sie die Kapitalbasis des Bergwerks gesetzlich limitierte. In einem Punkt neigte das Landrecht von 1794 zu mehr Liberalität, in dem es auch Nicht-Landeseinwohnern den Erwerb von Kuxen gestattete, ohne – so wörtlich – „Unterschied der Religion“. Es galt also auch im Bergbau das religiöse Toleranzprinzip Preußens, das Friedrich der Große in den letzten Jahrzehnten in seinem Land durchgesetzt hatte.

Sonderbestimmungen galten für die Bergbeamten. Eine mögliche Gewinnbeteiligung an den ihnen unterstehenden Bergwerken wurde eingeschränkt. Es war ihnen nicht gestattet, „streitige Zechen oder andere Berggebäude an sich zu bringen“.¹¹ Die Sozialrechte der Bergleute wurden ausdrücklich in den Kodex aufgenommen, so ihr Recht auf baren Lohn (also nicht Naturalien) wie ihr Recht auf sofortige Entlohnung nach einem neuen Anschnitt aus den „bereitesten Vorräten“, „ohne Verzug“.¹² Das Landrecht gewährte den Bergleuten Schutz im Krankheitsfall – Versorgung und Fortsetzung der Entlohnung –, Kuren bei Erkrankung, die Übernahme der Begräbniskosten durch die Knappschaftskasse und den Gnadenlohn der Bergmannswitwe.¹³

Aufnahme und Entlassung der Bergleute fiel in die Zuständigkeit des Bergamts, also nicht in die der Unternehmer. Die Freizügigkeit des Arbeitsmarktes war dadurch eingeschränkt. Ausdrücklich hieß es für die Hüttenarbeiter: „Die Hüttenwerke sollen einander die Arbeiter nicht abwendig machen.“¹⁴

Die Bergleute wurden im preußischen Landrecht noch als „Stand“ gesehen und ihre Verhältnisse entsprechend geregelt. Sie waren Stand, wie in dem Landrecht auch die Bauern, Bürger und der Adel als „Stand“ genannt werden. „Stand“ bedeutet Festschreibung des sozialen Status, aber auch Sicherung der sozialen Integration und ein Minimum an sozialer Rechtssicherheit. Der Stand der Bergleute an der Ruhr war zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch kein Proletariat.

Doch allmählich begann sich auch die noch geordnete und von den Juristen sorgsam verwaltete Soziologie Preußens zu verändern. Es waren wiederum die preußischen Juristen, die fast dreißig Jahre nach dem Landrecht von 1794, nämlich 1820, ein neues Steuergesetz zustandebrachten, das Klassensteuergesetz. Es taxierte fortan die Untertanen bzw. Staatsbürger an einem ebenso nüchternen wie modernen Maßstab: dem Geld. Das war, wie Wilhelm Treue bemerkt hat, eine wichtige gesellschaftliche wie volkswirtschaftliche Etappe. Sie führte zur Auflösung der traditionellen „Herrschafts- und Genossenschaftsordnung“ und zur Begünstigung einer neuen Gesellschaft aus dem „System der Bedürfnisse“, wie Hegel es damals in Berlin formulierte. Individuelle Leistung, genauer individuelle „Einkommensleistung“, wurde jetzt ein wichtiges soziales Kriterium. Wie man an

11 PrALRG, 2. Teil, 16. Titel, §§ 139 u. 140.

12 PrALRG, 2. Teil, 16. Titel, § 213.

13 PrALRG, 2. Teil, 16. Titel, § 214, 215, 216, 217, 218.

14 PrALRG, 2. Teil, 16. Titel, § 472.

dieses Einkommen herankam, darum mußte sich jeder selbst kümmern. Das preußische Klassensteuergesetz forderte die Landeseinwohner auf, sich zunächst einmal wirtschaftlich selbst durchzusetzen. Soziale Rücksichtnahme war sicherlich nicht verboten, aber auch nicht mehr gleichsam staatlich verordnet oder vorgeschrieben.

19. Jahrhundert: Industrialisierung

Damit endete allmählich auch die Gemeinsamkeit von Bergunternehmern, Bergleuten, Bergamt, die von nun an getrennte Wege zu gehen begannen. Die agilsten und tüchtigsten unter ihnen waren offensichtlich die Unternehmer. Bauernbefreiung, Aufhebung des Zunftzwanges, Gewerbefreiheit – die bekannten preußischen Reformen unserer Geschichtsbücher – hatten das sozialrechtliche Korsett gelockert, das die damalige preußische Gesellschaft zwickte und zwackte. Die Reformen hatten natürlich unmittelbar keine individuellen wirtschaftlichen Initiativen in Gang gesetzt, aber sie doch erleichtert. Und nachdem Napoleon durch seine Züge quer durch Europa die europäische Gesellschaft durcheinandergerüttelt hatte, neigte man jetzt in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland eher dazu, sich von den Leistungen im Ausland, sei es in England oder in Frankreich, anspornen zu lassen. Die Kontinentalsperre bestand seit 1815 nicht mehr, so daß auch von daher der Austausch innerhalb der europäischen Wirtschaft größere Anreize bot. In einem Europa ohne Krieg konnte man sich auf Wirtschaft, Ausbildung und Bildung konzentrieren. So wurden auch in Preußen in diesen Jahrzehnten die Grundlagen der späteren sprunghaften industriellen Entwicklung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gelegt. Künftige Verwaltungsbeamte machten sich jetzt an den preußischen Universitäten mit den Theorien von Adam Smith vertraut. Gewerbeschulen wurden errichtet. Einzelne Unternehmer reisten in das Ausland, beispielsweise nach Nordamerika, um sich dort Anregungen zu holen, so etwa auch Friedrich Harkort, der in Dortmund nach der Rückkehr von dem Feldzug von 1814/15 sein Eisen- und Kupferwalzwerk gegründet hatte.¹⁵ Die preußische Staatsverwaltung unterstützte das wachsende wirtschaftliche Interesse ehrgeiziger Staatsbürger, indem sie großzügig Werk- und Betriebssponage im Ausland organisierte und Auslandsaufenthalte von Technikern finanzierte.¹⁶

Einige statistische Daten: 1. Die Förderung an Kohle im Ruhrgebiet in Tonnen: 1792 betrug die Jahresförderung 176 676, 1830: 571 434 und 1840: 990 352; 2. Die Anzahl der Zechenanlagen: 1792: 154, 1830: 172, 1840: 221 (hier hatte sich wenig verändert); 3. Die Belegschaft auf den Ruhrzechen: 1792: 1357, 1830: 4457, 1840:

15 W. Köllmann, Friedrich Harkort, 1964.

16 Vgl. Reinhard Kosellek, Das Zeitalter der europäischen Revolution, Frankfurt 1969, S. 305.

8945.¹⁷ Sowohl in der Jahresförderung an Kohle wie in der Gesamtzahl der Belegschaften zeigt sich ein allmählicher, kontinuierlicher Anstieg. Seit den 1840er Jahren beschleunigt sich plötzlich die Entwicklung. 1844 überschreitet die Zahl der Belegschaften an der Ruhr zum ersten Mal die Grenze von 10 000. Sie liegt 1850 bei knapp 13 000. 1868 wird die Zahl von 50 000 überschritten, 1884 von 100 000 und 1899, also gegen Ende des Jahrhunderts, von 200 000. Im Jahr 1900 lag die Jahresförderung an Kohlen bei 59 Millionen Tonnen, 50 Jahre zuvor belief sie sich auf 1 Million. Die Wende zu verstärkter Kohleförderung setzte unverkennbar um 1870 ein, der Zeit der Reichsgründung und der sogenannten „Gründerjahre“. Zahlen sind in sich immer etwas dürftig. Aber sie verweisen hier auf die Probleme und Leistungen dieser neuen Industriegesellschaft an der Ruhr.

Diese Entwicklung entsprang nicht bloßem Zufall. Im Vergleich mit der Situation, wie sie das preußische Landrecht von 1794 für den Bergbau rechtlich umschrieben hatte, ist leicht einzusehen, daß sich auch in der Gesetzgebung Veränderungen vollzogen haben müssen. Natürlich wehrten sich die Bergwerksunternehmer gegen die Einschränkungen ihrer Betätigung, die das Landrecht vorschrieb. Eine neue Juristengeneration in der preußischen Verwaltung dachte ähnlich wie die Unternehmer. Seit 1826 begann die Revision des „Landrechts“. Liberale Unternehmer wie Harkort und Haniel hatten die Beseitigung des „Direktionsprinzips“ der bürokratischen Bevormundung gefordert. Mit der Neufassung des Bergrechts in den 30er, 40er und 50er Jahren wurde die Abgabepflicht an den Staat verkleinert, die Zahl der Miteigentümer an einer Zeche erweitert, so daß jetzt Aktiengesellschaften möglich wurden und damit die Kapitalbasis erweitert werden konnte. 1860 wurde die Freizügigkeit der Arbeitsverhältnisse hergestellt und damit den Bergämtern das Einstellungsrecht von Bergarbeitern genommen. Das Hüttenwesen wurde generell der Kompetenz der Bergämter entzogen, schließlich wurden die örtlichen Bergämter überhaupt aufgelöst und durch die regionalen Oberbergämter ersetzt. Das Berggesetz von 1865, das die Kuxenzahl von 128 auf 1000 erhöhte, brachte einen vorläufigen Abschluß der Entwicklung. Es begann die übrigens nur kurze Periode eines gleichsam klassischen Wirtschaftsliberalismus an der Ruhr, die bereits Ende der 1870er Jahre mit dem wachsenden Staatsinterventionismus der Bismarckschen Gesetzgebung endete und später, vor allem seit 1890 mit der zunehmenden Kartellierung der Ruhrindustrie, auch von den Unternehmensführungen an der Ruhr im Grunde gar nicht mehr angestrebt wurde. Die Zeit eines reinen Wirtschaftsliberalismus war in Deutschland tatsächlich recht kurz gewesen.

In den 1880er Jahren überschritt die Bevölkerung des Ruhrgebietes die Grenze von einer Million, ein Drittel dieser Bevölkerung war in der Ruhrindustrie beschäftigt. Jetzt entstand das, was wir bis heute unter dem „Ruhrgebiet“

17 Klaus Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 602f.

verstehen. Aus den Dörfern, Klein- und Mittelstädten entstanden die modernen Industriestädte dieser Landschaft und die damaligen preußischen Landkreise und Städte Dortmund, Hörde, Bochum, Hattingen, Gelsenkirchen, Essen, Mülheim, Duisburg, dem eigentlichen Kern: ein Gebiet, das sich allmählich bis Hagen, Hamm-Heessen, Ahlen, Werne, und in den Landkreis Recklinghausen ausdehnte und hier das Münsterland berührte. Die Verwaltung dieses Gebietes, d.h. die zuständigen staatlichen Behörden blieben außerhalb: Die jeweiligen Regierungspräsidenten hatten ihren Sitz im sauerländischen Arnsberg sowie im Münsterland, in Münster selbst, wo zugleich der Sitz des Oberpräsidiums der 1815 errichteten Provinz Westfalen lag. Hier tagte auch der Provinziallandtag. Das, was sich in der neuen Gesellschaft an Rhein und Ruhr abspielte, dieser Komplex geschichtlichen Geschehens, ist bis heute noch nicht in seiner empirischen Breite historisch aufbereitet und beschrieben worden: der Zuzug großer Bevölkerungsgruppen aus Ostdeutschland, die Entstehung neuer Industriestädte, der soziale Daseinskampf der Bewohner, die Formierung bürgerlicher, christlicher und sozialistischer Parteien, Gewerkschaften, die Wahlen und Wahlergebnisse, Zusammensetzung und Arbeitsweise der Stadtverordnetenversammlungen, die Organisation der industriellen Unternehmen in Kohle, Stahl, Eisen, Maschinenbau, deren Geschäftspolitik, die Mentalitäten der Bevölkerung, ein gerade für das Ruhrgebiet bei aller industriellen Modernität manchmal fast ins Idyllische gehender Hang zum Alten, Althergebrachten (oder was man dafür hielt), gleicherweise in der Arbeiterschaft, der Mittelschicht, der neuentstehenden, in ihrem Sozialverhalten im Grunde genommen recht unsicheren neuen bürgerlichen Oberschicht, die meinte, den Adel nachahmen und sich ihm annähern zu müssen, etwa wenn sie überdimensionale, meist recht unwohnliche Villen, wie die Villa Hügel, errichtete, während sich die Arbeiterfamilien nach einem kleinen eigenen Heim mit etwas Garten, einer Ziege, ein paar Kaninchen und vielleicht einigen Brieftauben sehnten; ferner die Entstehung neuer kultureller Lebensformen, auch neuer evangelischer, freikirchlicher und katholischer Kirchengemeinden – das Ruhrgebiet war frommer, als mancher Historiker so meint. Es gibt eine ausgezeichnete Studie von Klaus Tenfelde über die Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert,¹⁸ es gibt eine etwas ältere und doch vom Ansatz her recht problematische Darstellung über das sogenannte Ruhrvolk von Brepohl, aber die einzige lesbare und faßbare Gesamtdarstellung findet sich in einem kleinen Merian-Heft, das mehr auf Erinnerung als auf wissenschaftlich

18 K. Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert, Bonn-Bad Godesberg 1977. Als Beispiel für eine das 19. und 20. Jahrhundert umgreifende, allerdings primär an der betrieblich-technischen Entwicklung interessierte und von daher recht einseitige Unternehmensgeschichte vgl. Wilhelm Treue/Helmut Uebbing: Die Feuer verlöschen nie, Bd. 1: August-Thyssen-Hütte 1880-1926, Bd. 2: August-Thyssen-Hütte 1926-1966, Düsseldorf u. Wien 1966/69 (Econ-Verlag).

begründete geschichtliche Aufarbeitung bedacht ist.¹⁹ Der moderne deutsche Historiker neigt in der Regel mehr zur vehementen Formulierung und theoretischen Begründung des Postulats auf Sozialgeschichte als auf die Einlösung eben dieser selbstgestellten Forderung.

So kann im Folgenden nur *ein* Strang der geschichtlichen Entwicklung an der Ruhr aufgezeigt werden, der jedem kritisch beobachtenden Historiker sofort gleichsam ins Auge springt: der Sozialkonflikt zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft, genauer zwischen den Industrieverbänden der Gewerkschaften auf der einen, der Eigentümer und Unternehmensführungen auf der anderen Seite, und den Versuchen zu Lösungen dieses Konflikts. Gerade hier, bei den Lösungsversuchen, kommt noch eine dritte soziale Kraft mit ins Spiel, die man mit „Öffentlichkeit“ umschreiben kann, wobei hier weniger, aber auch, an die öffentliche Meinung, jedoch vor allem an die politischen Organe, die Verwaltungen und die Parlamente gedacht ist.

Das soziale Konfliktpotential war an Rhein und Ruhr latent bereits vorhanden, bevor die Auflösung der ständischen Lebensverhältnisse ihrer Artikulation freieren Raum verschafften: Aus den Wählerlisten zu dem ersten westfälischen Provinziallandtag von 1826, nach Steuerklassen gestaffelt, wissen wir über die damalige Sozialstruktur Westfalens, wie sie Köllmann aufgeschlüsselt hat, genau Bescheid: 0,1% der Bevölkerung zählten zur Gruppe der adeligen Großgrundbesitzer, 3,9% zur großbäuerlichen Schicht, 0,9% zur städtischen Honoratiorenschicht der Kaufleute und Unternehmer, 1,2% waren Beamte oder gehörten den freien Berufen an. Die mittelbäuerliche Schicht wird mit 11,2% berechnet, die der mittleren und kleineren Unternehmer, Handwerker und Gewerbetreibenden mit 3,4%. Auf die Gruppe der klein- und unterbäuerlichen Schicht fiel der Großteil der Bevölkerung mit 63,7%, auf die der klein- und unterbürgerlichen Schicht 16,3%. Die beiden letztgenannten Gruppen, d.h. 80% der Bevölkerung waren von dem Wahlrecht ausgeschlossen. Aus dieser Schicht rekrutierte sich seit den 40er Jahren das künftige Proletariat, die Schicht der Verelendeten, die sich 1848/49 während der Revolution in Westfalen noch kaum artikulierte, da die unruhigen Demokraten, wie sie genannt wurden, noch meist aus der Schicht der Handwerker und ihre Wortführer aus dem Bürgertum kamen, darunter Akademiker.²⁰ Die Chance der neuentstehenden sozialen Schicht der Industriearbeiter, sich politisch zu artikulieren, also ihre eigenen Forderungen in die Öffentlichkeit einzubringen, war somit zunächst gering. Dabei muß man sich das Faktum der Bevölkerungsex-

19 Wilhelm Brepohl, Der Aufbau des Ruhrvolkes im Zuge der Ost-West-Wanderung. Beiträge zur deutschen Sozialgeschichte des 19. u. 20. Jahrhunderts (Soziale Forschung und Praxis, hg. v. d. Sozialforschungsstelle an der Universität Münster), Recklinghausen 1948; W. Brepohl, Industrievolk im Wandel, 1957; Merianheft „Ruhrgebiet“ (1980) mit Beiträgen u. a. von Heinrich Böll.

20 Vgl. W. Köllmann, Wirtschaft und Gesellschaft Rheinland-Westfalens zu Beginn des Industriezeitalters, in: Jürgen Reulecke (Hg.), Arbeiterbewegung an Rhein u. Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen, Wuppertal 1974, S. 21.

plosion im Ruhrgebiet vor Augen halten: 1875 sind es 875 911, 1882: 993 787, 1885: 1 568 330.²¹

Arbeiterbewegung

Während die Unternehmer die Chancen, die die neue Berggesetzgebung von 1865 bot, sofort aufgriffen, sich auch bald organisierten, so 1858 im Verein für die bergbaulichen Interessen, 1871 in dem einflußreichen sogenannten Langnamverein der rheinisch-westfälischen Industrie und schließlich in dem Kohlesyndikat von 1893, dem größten Kartell in Deutschland vor 1900, so verlief die organisatorische Entwicklung der Arbeitnehmer an Rhein und Ruhr nur recht schleppend.²² Sie war auch nicht zuletzt durch die starke Zuwanderung aus Ostdeutschland, darunter auch Polen, kommunikationstechnisch schwierig. Als verbindend erwies sich zunächst das konfessionelle Moment: Kamen die Arbeitgeber und das neue Industriebürgertum an der Ruhr meist aus protestantischen Familien,²³ so setzte sich die Arbeiterschaft an der Ruhr zu einem großen Teil aus Katholiken zusammen. Man fand sich zunächst nur über religiös geprägte Vereine und Zeitschriften zusammen, die Kolping-Vereine, Christlich-soziale Arbeitervereine, denen später auch evangelische soziale Vereine folgten. Dazu wirkte der Kulturkampf in den 70er Jahren ungemein verbindend, ließ sich doch hier nicht nur ein kultureller, sondern auch sozialer Protest aussprechen. Die jungen Kapläne an der Ruhr, häufig aus katholischen Bauernfamilien, erwiesen sich als äußerst rührig. So fiel es selbst den Sozialdemokraten anfangs schwer, in dem größten deutschen Industriegebiet an der Ruhr Fuß zu fassen. Katholische Arbeiter wählten häufig das Zentrum, die einzige Partei mit dem Anspruch einer Volkspartei, die damals in Deutschland bestand.

Schließlich 1877 – fünf Jahre nach dem ersten größeren Streik an der Ruhr, in Essen – setzte sich eine Bewegung zur Gründung einer Bergarbeitergewerkschaft in Gang. „Gedrängt von der äußeren Noth“, so hieß es in einfachen Worten in dem Statutenentwurf, „in Verbindung mit einer schamlosen Ausbeutung ist auch unter den Bergarbeitern Rheinlands und Westfalens der Gedanke nach ‚Vereinigung‘ wach gerufen worden.“²⁴

Obwohl seit 1871 in den Jahren der nun einsetzenden Prosperität, wenn auch von Konjunkturkrisen begleitet, das Realeinkommen und der Lebensstandard aller Bevölkerungsschichten anwuchs, verstärkte sich gleichzeitig die soziale Kluft

21 *Tenfelde*, S. 644.

22 Wolfram *Fischer*, Die Bedeutung der preußischen Bergrechtsreform (1851-1865) für den industriellen Ausbau des Ruhrgebiets, in: Ders., *Wirtschaft u. Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung*, Göttingen 1972, S. 177.

23 Vgl. Wilhelm *Treue*, *Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit*, Stuttgart 1962, S. 559f.

24 Abdruck bei: *Tenfelde*, S. 637.

zwischen den Schichten des neuen deutschen Bürgertums – das übrigens mit dem alten wenig gemeinsam hatte – und der neuentstehenden Schicht der Arbeiterschaft, der Mehrheit der Bevölkerung. Das neue Industriebürgertum suchte sich sozial durch betonte Distanzierung von den unteren Schichten als die bessere Gesellschaft zu behaupten, durch Anteil an Vermögen, Bildung, aber auch durch bereitwillige Annahme borussischer Elemente, so des Reserveoffiziers als Standesmerkmal, und unverkennbar einer gewissen „Herrenmentalität“, verbunden mit einem – etwas abstrakten – nicht sozialbezogenen Leistungsdenken.²⁵

Hedwig Wachenheim hat die Situation, mit der sich die Arbeiterschaft konfrontiert sah, in ihrer Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung beschrieben:

„Die Arbeiter lebten in einer Welt, in der Sieg, Friedensaussichten und die Einigung und Vergrößerung des Reichs das Selbstbewußtsein der Nation erhöht hatte. Die Bürger des neuen Reichs wollten besser leben und mehr konsumieren als zuvor. Die Arbeiter wurden mitgerissen von der allgemeinen Hoffnung auf bessere Zeiten, dem allgemeinen Drang nach Geld und der Aktionslust. Sie sahen, wie leicht Geld verdient wurde und waren Zeuge des zur Schau getragenen Luxus. Die Teuerung aber drückte ihre Lebenshaltung herab. So entschlossen sie sich, ihren Anteil an dem leicht erworbenen Einkommen zu erlangen.“²⁶

Streiks, anfangs noch auf betrieblicher oder örtlicher Basis, werden allmählich eine ständige Begleiterscheinung des industriellen Wachstums, um Forderung an Lohn, Arbeitszeitregelung, Unfallschutz, Schutz vor Entlassungen, Verbesserung der Arbeitsverhältnisse durchzusetzen. Die Gewerkschaften organisieren sich in Anlehnung an die neue sozialdemokratische Bewegung. Das Sozialistengesetz von 1878, für das sich eine konservativ-bürgerliche Mehrheit im Reichstag fand, sollte diese Entwicklung aufhalten. Gleichzeitig besann sich die preußische Verwaltung wieder darauf, stärker in die Wirtschaft einzugreifen. Die Sozialgesetzgebung, wesentlich von dem Zentrum mitgetragen, leitete in den 80er Jahren die Anfänge der Entwicklung zu dem Sozialstaat ein. Allerdings, die erhoffte politische Befriedung der Arbeiterschaft blieb aus, im Gegenteil, ihre Forderungen wurden lauter.

Bergarbeiterstreik von 1889

1889 wurde für die Weltausstellung in Paris als Symbol des Industriezeitalters der Eiffelturm fertiggestellt. Am gleichen Ort, im gleichen Jahr wurde die II. sozialistische Internationale gegründet. Ein Jahr zuvor hatte übrigens Theodor

25 Vgl. Wilhelm *Treue*, Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit, S. 560. – Zum Vergleich der Entwicklung an der Ruhr und in der britischen Industrielandschaft Wales: D. Smith (Hg.), *A People and a Proletariat. Essays in the History of Wales 1780-1980*, 1980 (Pluto-Press).

26 Helga *Wachenheim*, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Köln 1967, S. 137.

Storm die Novelle „Der Schimmelreiter“ geschrieben. Rodin hatte seine Plastik „Die Bürger von Calais“ beendet. In Deutschland war ein Jahr zuvor Wilhelm II. 28-jährig Kaiser des Deutschen Reiches und König von Preußen geworden. Das Verhältnis des jungen Kaisers zu dem Kanzler, zu Bismarck, war gespannt. Sachlich berührten diese Spannungen auch das Verhältnis beider zur Arbeiterbewegung und zur Sozialgesetzgebung.

Im Mai 1889 kam es an der Ruhr zu einem Ereignis, von dem Beobachter und Beteiligte wie Hue und Imbusch später schrieben, es sei wie „ein Unwetter mit Blitz und Donner“ gekommen und habe sich „wie ein Präriebrand“ verbreitet.²⁷ Anfangs waren auf den Zechen Präsident in Bochum und Friedrich Ernestine in Essen am 25. April bzw. 1. Mai jugendliche Bergarbeiter spontan in den Ausstand getreten. An der Ruhr hatte es in diesem Frühjahr 1889 schon mehrfach Streiks gegeben, am Niederrhein bei den Färbern und Webern und einen Streik im belgischen Bergbau. Jetzt, in den Maitagen, dehnte sich der Streik in wenigen Tagen auf den gesamten Bergbau an der Ruhr aus und erfaßte bis zum 9. Mai 70 000 der 100 000 Bergarbeiter. Es gab keine Streikorganisation. Einsatz von Militär am 7. Mai in Gelsenkirchen hatte wenig bewirkt. Aktuell verbanden sich mit dem Streik²⁸ Forderungen nach Lohnerhöhungen um 15% (damals nicht ungewöhnlich), nach dem Achtstundentag, Schutzvorrichtungen, längerfristig eine Reform der Knappschaftsverfassung. Dahinter stand die Sorge vor einer sozialen Verschlechterung angesichts der rapiden Veränderungen im Ruhrbergbau. Schließlich tauchte etwas später die Forderung nach der Einrichtung von Arbeiterausschüssen in den Zechen auf. Das bedeutete: Einschränkung der Alleinzuständigkeit der Zechenbesitzer und Rücksichtnahme auf die Belange der Belegschaft durch geregeltes Verfahren.

Am 9. Mai beschloß eine Versammlung in Dorstfeld, eine Arbeiterdelegation nach Berlin zu entsenden, um dem jungen Kaiser ihr Anliegen vorzutragen. Die Idee war etwas verblüffend, fand aber in der Öffentlichkeit an der Ruhr gleich Anklang. Die Reisekosten wurden durch eine Sammlung zusammengetragen. Am 14. Mai waren die drei Delegierten Schröder, Bunte und Siegel, die aus den Knappschaftsorganisationen bekannt waren, zur Aussprache mit Wilhelm II. in Berlin. Man war inzwischen in Berlin von der Spontaneität des Vorgangs überzeugt und sah manche Forderungen der Arbeiter als berechtigt an. Wilhelm II. hielt den Arbeiterdeputierten zwar die Unrechtmäßigkeit ihres Vorgehens vor, unterstützte aber das Konzept einer Einrichtung von Arbeiterausschüssen. Auch Bismarck als Kanzler billigte diese Linie einer moralischen Anerkennung der Arbeiterschaft, verlangte aber zur Sicherung der Neutralität auch eine Aussprache mit der Unternehmenseite.

27 Vgl. Albert Gladen, Die Streiks der Bergarbeiter im Ruhrgebiet in den Jahren 1889, 1905 und 1912, in: *Reulecke*, S. 111-148, hier: 127.

28 Gladen, S. 128.

Inzwischen kam es in Berlin zu Verhandlungen zwischen der Arbeiterdeputation und dem Geschäftsführer des Bergbaulichen Vereins, Friedrich Hammacher, die einige Reichstagsabgeordnete angebahnt hatten. Man einigte sich am 15. Mai auf ein gemeinsames Protokoll, das „Berliner Protokoll“, das auch die Errichtung von Arbeiterausschüssen vorsah. Alle Details können hier nicht erwähnt werden. Doch unverkennbar hatte die Bergarbeiterschaft einen Rückhalt sowohl in der Öffentlichkeit wie in der Berliner Verwaltung gefunden, weniger in den Kommunalverwaltungen in den Ruhrstädten, denn dort hatte man sich zunächst spontan auf den Standpunkt der Zechenleitungen gestellt und überhaupt kein Verständnis für die Bergleute gehabt. Anders allerdings der Oberpräsident der Rheinprovinz, v. Berlepsch, der für seinen Zuständigkeitsbereich keinen Einsatz von Militär gegen die Streikenden zugelassen hatte. Berlepsch wurde bald der sozialpolitische Berater des jungen Kaisers und später preußischer Handelsminister.²⁹

Im Zusammenhang mit der Bergarbeiterfrage war es in Berlin zu persönlichen Spannungen zwischen Bismarck und Wilhelm II. gekommen. Am 14. Mai hatte der junge Kaiser im Staatsministerium, das unter Bismarcks Vorsitz tagte, von sich aus die Minister angewiesen, für eine Beilegung der Auseinandersetzungen zu sorgen; notfalls sollten die Bergwerksbesitzer gezwungen werden, die Forderungen der Streikenden zu erfüllen.³⁰

Im Mai und Juni 1889 wurde im Reichstag das Gesetz über die Invaliditäts- und Altersversicherung beraten. Anscheinend mitausgelöst durch die Ereignisse an der Ruhr, fühlte sich der 74jährige Kanzler von Bismarck veranlaßt, in die Aussprache selbst einzugreifen. Er riet dringend, neue Energiequellen ausfindig zu machen, etwa die Wasserkraft Westpreußens, um sich von jener Minderheit an der Ruhr, wie er sie nannte, unabhängig zu machen. Der Vorschlag des alten Kanzlers war sicher nicht unoriginell, aber wohl doch etwas abwegig. Wörtlich sagte er:

„... und wenn man von der Kohle, von der Möglichkeit, daß die Bevölkerung von 20 Quadratmeilen im Stande ist, das ganze Reich durch Arbeitsverweigerung an irgend einem Donnerstag in eine Kalamität zu stürzen, wenn man davon loskommen will, so muß man die Ausbeutung der Wasserkräfte thunlichst fördern; dann hat der heutige Streik keine Bedeutung; an irgend ein Mittel gegen Kalamitäten derart, wie sie uns dieser Tage bedroht haben, werden wir doch denken müssen. Wir dürfen uns dem unmöglich aussetzen, daß die kleine Minorität der Bewohner der Kohlenreviere uns jeden Tag in die Lage setzen kann, in die uns etwa die Landwirtschaft setzen kann, wenn sie uns

29 Zur Frage der Arbeiterausschüsse vgl. Hans Jürgen *Teuteberg*, Geschichte der industriellen Mitbestimmung in Deutschland, Tübingen 1961, S. 362-376, dort auch über die Rolle v. Berlepschs.

30 Vgl. Alan *Palmer*, Bismarck, Bergisch-Gladbach 1978 (!London 1976), S. 326f. Tatsächlich war Wilhelm II. auch in den Aussprachen mit „den Zechenbesitzern streng ins Gericht gegangen, während er mit den Arbeitern wie ein alter Onkel redete“. (Michael Balfour, Kaiser Wilhelm II. und seine Zeit, Frankfurt u.a. 1979, S. 135).

das Brot abschneiden würde. Die Kohle ist in vielen Provinzen so notwendig geworden wie das Brot es in allen ist, und es müssen meines Erachtens von Staats wegen Vorkehrungen getroffen werden, daß die Kohle nicht plötzlich in drei Tagen der Menschheit entzogen werden kann, daß nicht jede kleine Wirtschaft am Kochen, jede Waschfrau am Waschen, jede anderweitige Industrie verhindert wird.“³¹

So weit Bismarcks Reaktion auf den Ruhrstreik in wörtlicher Rede. Im übrigen schärfte er in seinem Auftritt vor dem Reichstag den preußischen Konservativen ein, die einzuführende Altersrente nicht durch eine verfehlte Opposition zu Fall zu bringen. Es gehe dabei auch darum, „den Staat und das Reich“ zu erhalten und zu schützen.³² „Ich habe“, so führte Bismarck aus, „lange genug in Frankreich gelebt, um zu wissen, daß die Anhänglichkeit der meisten Franzosen an die Regierung, die gerade da ist . . . wesentlich damit in Verbindung steht, daß die meisten Franzosen Rentenempfänger sind . . . Die Leute sagen, wenn der Staat zu Schaden geht, dann verliere ich meine Rente, und wenn es 40 Franken im Jahre sind, so mag er sie nicht verlieren, und er hat Interesse für den Staat. Es ist ja menschlich und natürlich.“³³

Offensichtlich erhielten die Reichstagsdebatten über die Sozialversicherung durch den Ruhrstreik eine Wende ins Grundsätzliche. Auch August Bebel, der Führer der Sozialdemokraten, ließ es sich nach Bismarcks Auftritt am Samstag nicht nehmen, am folgenden Montag – er hatte über das Wochenende seine Rede ausgearbeitet – gegen den Reichskanzler Stellung zu beziehen.

„Es scheint fast“, so führte er aus, „daß die Ereignisse, welche jene Deputation nach Berlin führten, in weit höherem Grade, als wir vermuteten und glaubten, diese höchsten Herren irritiert hat.“³⁴

Zugleich verwahrte sich Bebel gegen abfällige Äußerungen des Kanzlers, die Sozialdemokraten betrieben nur Obstruktion und Agitation und würden aus wahltaktischen Gründen die Sozialgesetzgebung ablehnen:

„Indem wir es als unsere Aufgabe halten und es bisher für unsere Aufgabe gehalten haben, die deutschen Arbeiter über das aufzuklären, was sie als Menschen und als Staatsbürger des 19. Jahrhunderts von Staat und Gesellschaft zu erwarten haben, erfüllen wir eine hohe sittliche und menschliche Pflicht.“³⁵

Beide Symbolfiguren des Kaiserreichs, Bismarck auf der einen, Bebel auf der anderen Seite, bezogen sich bei ihrem Reichstagsauftritt im Mai 1889 auf „das Menschliche schlechthin“. Unterdessen liefen die Verhandlungen um eine Beendigung des Streiks weiter. Die Unternehmer, überrascht von der für sie ungünsti-

31 Reichstag Bd. 107 (1889), S. 1836.

32 A.a.O., S. 1836.

33 A.a.O., S. 1835.

34 A.a.O., S. 1845.

35 A.a.O.

gen Reaktion der Öffentlichkeit und von Wilhelm II. in einer Besprechung eindringlich zur Verständigung mit den Arbeitern gemahnt, sahen sich gezwungen, umzudenken und begrenzt von dem „Herr-im-Hause-Standpunkt“ abzugehen. Allerdings hatten sie inzwischen von dem Kanzler einen anderen Wink erhalten, der ihnen neue Hoffnung gab. In einer „Essener Erklärung“ vom 18. Mai 1889 verweigerten die Zechenbesitzer dem Berliner Protokoll ihre Zustimmung.³⁶ Von einer gleichberechtigten Anerkennung der Arbeiterschaft, von Arbeiterausschüssen war jetzt nicht mehr die Rede. Die Zecheneigner betonten vielmehr ihr „Hausrecht“.³⁷ Die Bergarbeiter protestierten am 19. Mai mit einer Kundgebung in Bochum, nahmen aber zugleich die anderen Vereinbarungen, darunter den Achtstundentag, an. Auch die Streikführer rieten zum Einlenken. Am 21. Mai sollte die Arbeit wieder aufgenommen werden. Als dann erneut Mißverständnisse um den Wortlaut der Vereinbarung auftauchten, drohte eine Wiederaufnahme des Streiks. Aber die Mehrheit der Bergleute war streikmüde. So konnte sogar die Streikleitung ohne Widerstand festgenommen werden. Moralisch war der Erfolg der Bewegung von 1889 an der Ruhr erheblich gewesen, in den unmittelbaren Auswirkungen für die Beteiligten allerdings gering. Die hier von den Bergarbeitern gemachte Erfahrung, gleichsam im nachhinein hintergangen worden zu sein, wurde an der Ruhr auch in den folgenden Jahren nicht vergessen.

Aber auch in Berlin wirkte der Impuls von 1889 weiter. Wilhelm II., der jetzt einen Kreis von Sozialreformern um sich gesammelt hatte, darunter Franz Hitze, drängte auf weitere Reformen, so auch die Zulassung von Arbeitervertretungen in den Betrieben und Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung. Er konnte sich damit auf einer Sitzung des Kronrats am 24. Januar 1890 durchsetzen. Das Konzept fand seinen offiziellen Niederschlag in dem sogenannten Februar-Erlaß vom 4. Februar 1890, der, ohne Zustimmung des Kanzlers publiziert, gesetzliche Regelungen zur „Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ in Aussicht stellte.³⁸ Nachdem im Reichstag zunehmend Stimmen gegen die Fortsetzung des Sozialistengesetzes laut geworden waren, lief es, da nicht mehr verlängert, 1890 aus. Am 5. November hatte der Zentrumsabgeordnete Peter Reichensperger im Reichstag ausgeführt: Die jüngste Geschichte habe gezeigt, „daß die Arbeiterkreise in ihrer Mehrheit sich besonnener und unzugänglicher erwiesen haben gegenüber den Einflüsterungen der sozialdemokratischen Partei“.³⁹ Als dann aber die Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen am 20. Februar 1890 mit 1,4 Mill. Stimmen ihren Stimmenanteil fast verdoppelten und unerwartet die stärkste Partei im Deutschen Reich geworden waren, verrauchte die Reformephorie recht bald, zumal bei dem dreißigjährigen Kaiser, der

36 Teuteberg, S. 366.

37 Teuteberg, S. 366.

38 Teuteberg, S. 373.

39 Reichstag Bd. 111 (1889), S. 118.

noch im gleichen Jahr den alten Kanzler entließ, zur gleichen Zeit auch das Motiv, aus Opposition gegen den alten Staatsmann Reformpolitik zu betreiben, fortfiel. Die sozialen Spannungen im Kaiserreich verschärfen sich, und in der Umgebung Wilhelms II. kamen jetzt auch stärker Industrielle zum Zuge, darunter von Kardorff, Krupp und der Saarindustrielle Stumm, der im Saargebiet wie ein politischer Patriarch seine Fabriken und das kleine Land beherrschte.⁴⁰

Zu den sozialpolitischen Erfolgen der Bewegung von 1889 zählte das Arbeiterschutzesetz von 1891 (Änderung der Gewerbeordnung), das wesentlich auf die Initiative von Berlepschs zurückging. Die dritte Kraft zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft, die Verwaltung, hatte sich gegenüber den industriellen Interessen durchgesetzt. Die ehemals staatlich bevormundende und fürsorgende Interventionspolitik des preußischen Staats begann sich in die moderne Sozialpolitik zu verwandeln. Diese Sozialpolitik hatte auch in mehreren Lehrstühlen an den deutschen Universitäten ihre theoretische Begründung gefunden. 1891 erhielt auch der sozialpolitische Sprecher des Zentrums im Reichstag, Franz Hitze, seinen Lehrstuhl für „Christliche Sozialwissenschaften“ in Münster. Der „Verein für Socialpolitik“, eine Vereinigung der Sozialwissenschaftler und Sozialpolitiker, trieb von sich aus die Reflexion über die Bedingungen und Aufgaben der Sozialpolitik weiter fort. So entstand allmählich gegenüber der Industrie die Kontrolle einer kritisch eingestellten wissenschaftlichen Öffentlichkeit in Deutschland.

Auf diese Veränderung anspielend wettete der Reichstagsabgeordnete und Saarindustrielle Freiherr von Stumm-Halberg am 9. Januar 1895 im Reichstag. Seine Argumentation war etwas undifferenziert und übertreibend:

„Meine Herren, es hat sich namentlich hier in Berlin ein vollständiger Universitätssozialismus herausgebildet, diese Herren herrschen ebenso unbeschränkt in ihren Kreisen wie die Führer der Sozialdemokratie. Jeder Gelehrte, namentlich jeder Professor der Nationalökonomie, der nicht in das sozialistische Horn stößt, wird boykottiert, er wird verfolgt, wird für unwissenschaftlich ausgegeben und kommt nach keiner Richtung vorwärts. Das sind die Leute, welche unsere jungen Beamten ausbilden.“⁴¹

40 In einem Punkt stimmten übrigens Stumm und der Führer der Sozialdemokraten Bebel durchaus überein: aus recht unterschiedlichen Überlegungen lehnten beide die Errichtung von Arbeiterausschüssen in den Betrieben ab. (Vgl. *Teuteberg*, S. 382)

41 Reichstag Bd. 138 (1905), S. 210. – In der gleichen Sitzung monierte Stumm noch ein weiteres – in seinen Augen – Skandalon, die Aufführung des Hauptmann-Stücks „Die Weber“ in Berlin: „In Berlin wird unter den Augen der Polizei oder vielmehr durch die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts ein Stück ‚Die Weber‘ aufgeführt, ein Stück, das in New York verboten worden ist, das ihr früherer Genosse Most als das wirksamste Mittel zur Verbreitung anarchistischer Ideen ... hingestellt hat.“ (A.a.O., S. 212) – Zur öffentlichen Diskussion über das Drama „Die Weber“, die Emotionen des Pro und Contra, die das Stück 1893 in der deutschen Presse auslöste, vgl. H. *Schwab-Felisch*, Hauptmann: Die Weber. Dichtung und Wirklichkeit (Anhang), Frankfurt/M.-Berlin 1963 (Ullstein Tb., Neuaufgabe 1984).

Die Streikbewegung von 1889 hatte die gewerkschaftliche Organisation der Bergarbeiter begünstigt. 1890 wurde der der SPD nahestehende Verband deutscher Bergleute gegründet, dessen politische Führung bald bei Otto Hue lag, seit 1895 Redakteur der Bergarbeiterzeitung. Hue, der die Distanz zu dem radikaleren marxistischen Flügel der Sozialdemokratie wahrte, bestimmte fast 25 Jahre lang das geistige Profil der politisch eher zur Mäßigung neigenden Bergarbeiterschaft an der Ruhr. Hue begünstigte auch die Zusammenarbeit mit dem zweiten Bergarbeiterverband, dem christlichen Bergarbeiterverband, der einen Rückhalt in der Zentrums Presse Dortmunds und Essens hatte. 1904 zählte der der SPD nahe Bergarbeiterverband etwa 80 000, der Zentrum-nahe christliche Bergarbeiterverband 45 000 Mitglieder. Daneben war noch eine polnische Bergarbeitervereinigung von 11 500 Mitgliedern entstanden.⁴²

Der durchschnittliche Jahreslohn im Bergbau stieg von 726,80 Mark (1887) auf 956,78 (1897), 1407,30 (1900) und 1587,51 (1913). Der Bergbau lag, wie der Untersuchung von Desai „Real Wages in Germany“ zu entnehmen ist, in der Einkommensskala hinter Eisen und Stahl und weit über Bau oder Textil. In beiden letztgenannten Zweigen lag das Jahreseinkommen 1913 noch unter 1000 Mark.⁴³

Bergarbeiterstreik von 1905

Dennoch nahmen die sozialen Spannungen an der Ruhr weiter zu, wenn auch zunehmend in organisierteren Formen. Mit dem Kohlesyndikat hatten sich die Zecheneigner das damals größte europäische Verkaufskartell geschaffen. Der industrielle Aufschwung hatte sich in Deutschland seit den 90er Jahren weiter fortgesetzt, mit ihm, teils zu Recht, teils zu Unrecht, zugleich das unternehmerische Selbstbewußtsein. Die Leitung der Zechen war teilweise bereits von dem früheren privaten Unternehmer auf die, wie es heute heißt, „leitenden Angestellten“ übergegangen, den Bergassessoren im damaligen Sprachgebrauch. Es

42 Gladen, S. 133. – Zur Politik des Bergarbeiterverbandes vgl. die Ausführungen von Steven Hickey in „The Shaping of the German Labour Movement: Miners in the Ruhr“ (in: R. J. Evans, *Society and Politics in Wilhelmine Germany*, London 1978, S. 215-239; hier S. 235f.): „The repeated strike failures, particularly in the years between 1889 and 1893, convinced the generations of miners' leaders who emerged in the later 1890s and early 1900s – most notably Hermann Sachse and Otto Hue – that spontaneous industrial militancy alone was not enough. It had to be backed up by coordinated and sustained mass action, and this was only to be achieved through the creation of a numerically strong and well disciplined organisation. It required cooperation of all miners, and this in turn required that the deeply divisive questions of religion and politics be strictly excluded from the trade union sphere. This was the basis of the doctrine of trade union 'neutrality', which encouraged the trade unions to distance themselves from all political parties, including the SPD, and pursue strictly limited and immediate goals. Although most leaders of the 'free' miners' union . . . were Social Democrats (Sachse, Hue and others became SPD Reichstag deputies), they stressed the non-political aims of the union, and used their considerable authority within the SPD itself to discourage leftist activity which might embarrass them in their attempts to work with the large number of miners who were vehemently non-socialist, or were politically apathetic.“

43 A. V. Desai, *Real Wages in Germany 1871-1913*, Oxford 1968, S. 110.

scheint, daß gerade in dieser Bergassessorengruppe an der Ruhr bewußt eine Haltung von Kühle und Distanz und Überlegenheit gegenüber der Belegschaft gepflegt wurde. Jenes gemeinschaftliche Moment, das der ständische Bergbau bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts noch gekannt hatte, war zwangsläufig unter den Bergassessoren nur wenig verbreitet. Allerdings, die Öffentlichkeit an der Ruhr, darunter auch die regionale Presse, vor allem des Zentrums und der Sozialdemokraten, hatte die Vergangenheit noch nicht vergessen. Das zeigte sich bei dem zweiten großen Streik an der Ruhr 1905.

Obwohl damals auf internationalen Sozialistenkongressen intensiv über „Massenstreiks“ diskutiert wurde, hatte die Bewegung an der Ruhr 1905 mit diesen internationalen Debatten ebensowenig zu tun wie mit dem zeitlich parallel laufenden Massenstreiks in Petersburg, der russischen Revolution von 1905. Bezeichnenderweise ging auch der große Streik an der Ruhr von 1905 ebenso wie 1889 wieder von spontanen Arbeitsniederlegungen aus, war also nicht vorbereitet. Erst danach traten die organisierten Gewerkschaften und ihre Leiter in die Streikkommissionen ein.

Inzwischen wuchs der Wohlstand in Deutschland, der allgemeine Lebensstandard hob sich an. Die Kohle hatte weiter an Bedeutung, auch für den Verbrauch in den privaten Haushalten, gewonnen. Sie prägte unverkennbar die Lebensverhältnisse des Alltags, und diese Tatsache wurde jedermann, sobald er eine warme Mahlzeit einnahm, bewußt, vom Winter ganz zu schweigen. Das Kohlesyndikat von 1893 begann den Markt fühlbar zu kontrollieren, dehnte sich auch auf das Transportwesen, so die Schifffahrt, sowie den Handel aus, bestimmte die Verbraucherpreise. Das Syndikat war eine anonyme Gruppe, die „Großkapitalisten“, wie es bald im Sprachgebrauch hieß, die die Preise für die Verbraucher und die Löhne der Bergarbeiter festsetzte. Daß hier eine bewußte Lohn- und Preispolitik betrieben wurde, war leicht zu erkennen und jedermann bekannt, der die Dinge bewußt beobachtete.

In der Gruppe der Zecheneigner hatte sich ein Generationswechsel vollzogen. Söhne traten gelegentlich das Familienerbe an, so etwa der junge Hugo Stinnes in Mühlheim und Fritz Thyssen. Sie wurden bald zu Millionären und damit ein beliebtes deutsches Gesprächsthema. Bei ihren wirtschaftlichen Unternehmungen, darunter die Stilllegung unrentabler Zechen, ließen sie sich nicht immer von sozialen Skrupeln plagen. Sie verstanden ihre Zechen ausschließlich als Privateigentum. Daß sie ursprünglich aus dem staatlichen Bergregal entstanden waren, war ihnen nicht mehr geläufig. Eher begannen jetzt diese Nachwuchsunternehmer Einfluß auf Staat und Verwaltung zu nehmen, als sich umgekehrt von Staat und Verwaltung kontrollieren zu lassen. Zudem war der wilhelminische Staat kein Bismarckstaat. Man ließ die Dinge in der Wirtschaft ziemlich treiben. Es ging ja offensichtlich alles aufwärts.

Andererseits war das politische Gesamtklima an der Ruhr gespannter geworden. Die Sozialdemokraten, die bis 1890 höchstens bis zu 15% der Stimmen an der

Ruhr gewannen, holten sich jetzt mehrere Reichstagswahlkreise. In Dortmund gab es eine eigene sozialistische Arbeiterzeitung, auch der Berliner Vorwärts wurde an der Ruhr gelesen. Das gesamte politische Leben war bewußter geworden.

Die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter galt, gemessen an der relativen Genügsamkeit der Arbeiterschaft, nicht unbedingt als schlecht. Dennoch wuchs erneut die Mißstimmung. Zum 1. Juni 1904 waren 9 Zechen stillgelegt worden. Etwa 10 000 Bergleute mit eigenem Haus- und Grundbesitz waren von dieser Maßnahme zum Ausbau des Großbetriebs bedroht. Neue bisher bergfremde Arbeitskräfte hatten die Unfallgefahr auf den Zechen ansteigen lassen, die Krankenziffer nahm zu. Schließlich unternahmen die Zechenleitungen auf indirektem Weg den Versuch, durch Verlängerung der Seilschaften, also der Anfahrten in die Gruben, die Arbeitszeit zu verlängern. Die Gewerkschaftsleitungen selbst warnten die Arbeiter vor Streikmaßnahmen, vermutlich auch, weil sie sich mit ihren Streikkassen gegenüber den Unternehmern nicht stark genug fühlten. Sie suchten ausbrechende Streiks zu lokalisieren.

Als es im Januar 1905 in der Zeche Bruchstraße in Bochum zum Streik kam, lehnte Stinnes, der Zechenbesitzer, Verhandlungen mit den Streikenden ab. Daraufhin setzte sich der Ausstand spontan von Zeche zu Zeche fort. Entgegen einer ausdrücklichen Warnung der Gewerkschaftsvorstände standen am 11. Januar bereits 50 000 Bergleute im Ausstand. Die Streikenden wählten auf einer Delegiertenkonferenz am 12. Januar in Essen eine Streikleitung, die sogenannte „Siebenerkommission“, deren Vorsitz Johann Effert, ein christlicher Gewerkschaftsführer, übernahm.⁴⁴ Die sozialistischen Gewerkschaften überließen die Führung von sich aus den christlichen Bergarbeiterführern. Die Konferenz beschloß einen Katalog von Forderungen an den Bergbaulichen Verein, die Unternehmensvertretung. Dazu zählten: Achtstundenschicht einschließlich Ein- und Ausfahrt, keine Sonntags- und Überschichten, Abschaffung des sogenannten „Wagennullens“, d. h. die Nichtanerkennung von Arbeitsleistungen unter Tage, ferner die Festsetzung eines Mindestlohnes, die Einrichtung von Arbeiterausschüssen, die Einführung von Grubenkontrolleuren, die Abschaffung von harten Strafen, humane Behandlung und die Anerkennung der Gewerkschaften als Vertragspartner bei Tarifabschlüssen. 1905 waren die Gewerkschaften noch nicht von den Unternehmern als legitimierte Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt. Das Oberbergamt Dortmund und das preußische Handelsministerium versuchten in dieser Situation zwischen den streikenden Bergarbeitern und dem Bergbaulichen Verein zu vermitteln. Aber die Unternehmer lehnten am 14. Januar jede Verhandlung mit der „Siebenerkommission“ ab. Vereinbarungen über die Arbeitsordnung seien ausschließlich Angelegenheit der einzelnen Zechenverwal-

⁴⁴ Gladen, S. 136; Max J. Koch, Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zur Zeit Wilhelms II., Düsseldorf 1954, S. 143.

tungen und des einzelnen Arbeiters. Durch diese Abfuhr trieben die Unternehmer die Dinge auf die Spitze. Die Öffentlichkeit richtete sich wie 1889 erneut gegen die Unternehmer und sympathisierte mit den Streikenden, zumal da der äußere Ablauf ruhig verlief und Gewalttätigkeiten nicht vorkamen. Die Zecheneigner baten um Entsendung von Militär an die Ruhr, um die Regierung auf ihre Seite zu ziehen. Es wurden aber lediglich auswärtige Polizeikräfte an die Ruhr gesandt. Die Polizei der Ruhr sympathisierte gleichfalls mit den Streikenden, das war naheliegend.

Die Auseinandersetzungen an der Ruhr waren unverkennbar zu einem sozialen Machtkampf geworden. Die Unternehmer gingen davon aus, daß sie die Stärkeren seien und am längeren Hebel säßen. Am 16. Januar wurde der Generalstreik ausgerufen. In den nächsten Tagen standen 200 000 Bergleute – drei Viertel aller Bergleute des Ruhrgebiets – im Ausstand. Das Ereignis bewegte selbstverständlich die gesamte deutsche Öffentlichkeit. Bernhard von Bülow, zugleich preußischer Ministerpräsident und Reichskanzler, wies am 14. Januar im preußischen Landtag in Berlin auf die Notwendigkeit hin, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber dem Ausland zu sichern.⁴⁵

Bei der Beratung des Jahresetats meldete sich am 17. Januar der christliche Bergarbeiterführer Brust im preußischen Landtag zu Wort.⁴⁶ Er nannte die Gründe für den Zorn der Bergarbeiter:

„Meine Herren, wenn ein Grubenbesitzer wie namentlich Herr Hugo Stinnes, in letzter Zeit sich noch äußerte: ich mache mit meinem Eigentum, was ich will, so ist das jedenfalls sehr bezeichnend für den Geist, der in den Kreisen der Grubenbesitzer augenblicklich herrscht.“⁴⁷

Die Lohnforderungen der Bergarbeiter, erklärte Brust vor dem Landtag, seien berechtigt, wenn man bedenke, „daß die Arbeit unter Tage bei ihrer Schwere oft in nassen Arbeitsstätten, in furchtbarer Hitze, in schiefer, vielfach gekrümmter Körperhaltung und auch noch in schlechter Luft nur von einer starken Person in den besten Lebensjahren geleistet werden kann“.⁴⁸ Die Temperaturen lägen bei 28 bis 29 Grad, bei einer acht- bis neunstündigen Arbeitszeit.⁴⁹

Am Vortag, dem 16. Januar 1905, hatten die Streikenden an der Ruhr den Generalstreik ausgerufen. Dazu der christliche Gewerkschaftler Brust vor dem Abgeordnetenhaus: „Ich halte diese Forderungen und die Wünsche alle für

45 Sten.Ber. über d. Verhdl. d. Pr. Hauses d. Abgeordneten 20. Leg. per. I. Sess. 1904/05 Bd. 6, Sp. 8352.

46 *Brust*: „Meine Herren, von mir als Bergarbeiter, der ich 20 Jahre lang praktische Bergarbeit betrieben habe, erwartet man vor allen Dingen draußen, daß ich mich mit diesen Fragen eingehend beschäftige“ (a.a.O., Sp. 8470). Brusts Ausführungen: Sp. 8470-8483.

47 A.a.O., Sp. 8471.

48 A.a.O., Sp. 8478.

49 A.a.O., Sp. 8477.

berechtigt und bei allseitigem guten Willen auch für durchführbar.⁵⁰ Anschließend sprach der preußische Handelsminister Möller. Er versuchte, zwischen den streitenden Parteien eine ausgleichende Haltung einzunehmen. Dann aber zeigte sich der Innenminister Freiherr von Hammerstein so ungeschickt, vor dem Landtag anzukündigen, „notfalls bewaffnete Macht zur Hilfe zu rufen“, falls die ordentlichen Polizeikräfte an der Ruhr nicht ausreichen. Das war die Proklamierung des Herrenstandpunktes gegenüber der streikenden Arbeiterschaft. Der preußische Landtag firmierte in seiner konservativen Zusammensetzung in der deutschen Öffentlichkeit als „Junkerparlament“. Von den Abgeordneten selbst stützten allerdings wenige, wie der Essener Nationalliberale Hirsch, Syndikus der Essener Handelskammer, die unnachgiebige Haltung der Arbeitgeber. Die linksliberalen Abgeordneten neigten zu den Streikenden.

Der Debatte im Landtag folgte wenige Tage später eine Aussprache im Reichstag, die durch eine Rede des sozialistischen Bergarbeiterführers und SPD-Reichstagsabgeordneten Otto Hue eingeleitet wurde. Unter dem Eindruck der jüngsten Landtagsdebatte warnte Hue die Regierung eindringlich vor der Anwendung von Gewalt an der Ruhr. Er erinnerte dabei an den Streik von 1889. Damals sei an der Ruhr angesichts der disziplinierten Haltung der Streikenden das Wort umgegangen, bemerkte Hue ironisch: „Alles ist ruhig, nur die Polizei ist nervös.“ Es gebe augenblicklich keinen Grund zu gewaltsamen Eingriffen.⁵¹

Hue nutzte die Gunst der öffentlichen Meinung für die Streikenden und richtete seine Kritik gegen, wie er es darstellte, die illoyale Haltung der Unternehmer an der Ruhr gegenüber dem Staat. Wörtlich: „Der Herr Minister Möller hat im Landtag gesagt, er bedaure, daß die deutschen Arbeiter so wenig Achtung vor dem Gesetz hätten. Meine Herren, ich aber bedaure, daß der Herr Minister nicht bedauert hat, daß die Arbeitgeber so wenig Achtung vor den Gesetzen haben.“ Ein wichtiger neuer Gedanke tauchte in dieser Argumentation auf. Der eigentlich Schwache in diesem Streik, so fuhr Hue aus, sei der Staat gewesen, der sich als unfähig erwiesen habe, die Unternehmer an den Verhandlungstisch zu bringen, denn die Streikenden seien ja dazu bereit gewesen. Wo blieben eigentlich, fragte Hue polemisch, die „Gendarmen, wo bleibt das Militär gegenüber den Zechenstilllegern? Wo bleibt das Militär, wo bleiben die Gendarmen gegen die Herren, die ganze Orte verödet haben im Ruhrgebiet, die den wer weiß wie vielen Arbeitern und Geschäftsleuten das wenige, was sie verdienten und zusammensparten, vernichtet haben?“

Die etwas biedere Argumentation Hues war nicht ungeschickt. Immer wieder lief seine Rede darauf hinaus, daß der Staat, zumal die preußische Regierung sich

50 A.a.O., Sp. 8475.

51 Hue: „Ich erinnere Sie an den Streik von 1889. Dort waren nur 90 000 Streikende, und gleich am ersten Tage schlug der Säbel und schoß die Flinte! Jetzt haben wir volle 14 Tage hinter uns, etwa 220 000 Mann streiken und alles ist erstaunt über die musterhafte Ruhe der Streikenden.“ (Reichstag Bd. 201 [1905], S. 3904)

in dieser Situation als unfähig erwiesen habe. „Wenn regieren heißt voraussehen, dann, kann man sagen, haben wir wenigstens was das preußische Bergwerksministerium anbelangt, noch keine Regierung gehabt.“ Hue personalisierte den Angriff und zog den Handelsminister Möller zur Rechenschaft.

Als SPD-Abgeordneter wies er darauf hin, daß die laufenden Aktionen an der Ruhr von überparteilichen Gremien geleitet würden, sich sogar Bürgerkomitees zugunsten der Bergarbeiter gebildet hätten; der Erzbischof von Köln, Fischer, habe 1000 Mark an die Streikkasse überwiesen. Der Streik finde die Sympathie des ganzen Volkes: „Bei Bürgern, bei Bauern, wo wir nur hinkommen, hören wir: ‚Wenn ihr nur gewinnt! Leute, haltet fest! Das Kohlesyndikat, die Großunternehmer sind unser Feind. Leute, haltet fest, daß ihr gewinnt!‘ Das ist die Stimmung der Bürgerschaft bei uns.“⁵²

Die Forderungen der Bergleute seien nicht utopisch, sie kämpften, so Hue, um die „Erlangung des bürgerlichen Rechtsbodens, welcher ihnen nach und nach unter den Füßen weggenommen worden ist“. Es sei eine Demonstration „gegen die Ungesetzlichkeit der Unternehmerschaft“. So gehe es auch nicht lediglich um Lohnforderungen, vielmehr um die Anerkennung der menschlichen Würde der Bergarbeiter. Das Nullen von Wagen werde an vielen Zechen rein willkürlich durchgeführt. Nicht an allen, fügte Hue hinzu. Unvertretbar seien Doppelschichten, d. h. Arbeitszeiten bis zu 16 Stunden unter Tage. Die Unfallquoten seien in den letzten zwanzig Jahren ständig angestiegen. Hue nannte Zahlen: 1885/86 habe sie noch bei 75 pro Tausend gelegen, 1900 bei 124 und 1903 bereits bei 147 pro Tausend.⁵³ Das alles geschehe in „unserer modernen, in der Kultur so vorgeschrittenen Zeit“.

Wegen der materiellen Fragen wäre es nicht zu dem „kolossalen Kampf“ gekommen, wenn nicht eine „geradezu barbarische Behandlung“ der Bergarbeiter hinzugekommen wäre. Hue nannte als Beispiel Prügelstrafen, Beleidigungen von Bergarbeitern, die er im Wortlaut ausführlich zitierte, darunter die Invektiven: „Faulenzer“, „Stolch“, „Schurke“, „ich hau dir die Backenzähne aus“, „ich schlage dir die Meterlatte auf dem Kopf kaputt“, „Hungerleider“, „Mucker“, „Pfaffenbruder“. So habe sich das Ehrgefühl der Bergarbeiter gewehrt. Wie sei so etwas möglich, fragte Hue, wo man im gleichen Jahr, 1905, den hundertsten Todestag Friedrich Schillers in Deutschland feiere? Wenn man aber den Protest an der Ruhr nicht verstehe, „dann lassen wir doch die klassischen Dichter Schiller und Goethe aus den Schulen unseres Volkes, dann lassen wir sie lieber in den Silberschrank verschließen und lassen wir nicht die Kinder in den Schulen sich an den herrlichen Gedichten eines Schillers erbauen. Dann wissen wir nicht, daß es auch das Ideal eines Menschen sein muß, für die Menschenwürde einzutreten.“⁵⁴

52 A.a.O., S. 3909.

53 A.a.O., S. 3915.

54 A.a.O., S. 3917.

Nach diesem Appell ging der Abgeordnete Hue wieder auf die realen Vorgänge an der Ruhr ein. Das Kohlesyndikat beherrsche sämtliche Zechen, habe die Kohlepreise systematisch bis auf 60% in die Höhe getrieben, es beherrsche den Handel: „Wir haben es mit einer großkapitalistischen Organisation zu tun, die alles, was der Staat im Interesse der Gesamtheit schaffen kann, die alles, was die Gemeinden im Interesse der Eingesessenen tun können, illusorisch macht, um in brutal egoistischer Weise den Profit für sich allein herauszuziehen. Unser Volk befindet sich schon in der fürchterlichen Knechtschaft dieser großen Unternehmerorganisationen.“ Er verstehe nicht, warum die Staatsregierung nicht bereits gegen das Kohlesyndikat eingeschritten sei. Wenn die Regierung wirklich nicht in der Lage sei, das Kohlesyndikat zu bändigen, dann, so hieß es polemisch, „sollte man doch lieber Herrn Kirdorf zum Reichskanzler und Herrn Stinnes zum Bergwerksminister“ machen. So denke jedenfalls das Volk.⁵⁵ So lief die Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten immer wieder auf einen Appell an den Willen zur Selbstbehauptung der staatlichen Autorität hinaus.

Bülow antwortete als Reichskanzler vor dem Reichstag dem Bergarbeiterführer. Auch er habe aus der bürgerlichen Presse die Klagen über die „angebliche Rat- und Machtlosigkeit des Staates“ entnommen, ein starkes Mißtrauen gegen die „vereinte Kapitalmacht der großen Zechenbesitzer und Banken“ in „unserer an Achtung vor König, Staat und Obrigkeit gewohnten bürgerlichen Gesellschaft“. In der Sache selbst wich Bülow aus. Er nannte wohl die in den USA eingeleitete Anti-Trust-Gesetzgebung als vorbildlich, suchte aber die Ursachen der Streikbewegung an der Ruhr in politischen, partei- und wahlpolitischen Motiven, verwies dabei auf die Berichterstattung des „Vorwärts“, der tatsächlich, wohl auch aus Verärgerung der marxistischen Redaktion darüber, daß die Bewegung an der Ruhr so unmarxistisch entstanden und verlaufen war, sich zu wortgewaltigen journalistischen Anklagen gegen das Kapital aufgerafft hatte. Hier würden „Wagenladungen“ von Öl ins Feuer geworfen, bemerkte Bülow. Die Rede Hues selbst hatte allerdings allgemein beeindruckt. In der Sache konnte Bülow nichts anbieten, noch weniger Möller, der nach ihm sprach. „Die Unternehmer haben es abgelehnt, mit den Arbeitern kontradiktorisch zu verhandeln“, erklärte Möller. „Meine Herren, ich habe das im hohen Grade bedauert. Daran ist aber zur Zeit nichts zu ändern.“⁵⁶ Tatsächlich sprach aus diesen Worten eine Art Kapitulation der Regierung vor der Wirtschaft.

Peter Spahn, der Sprecher der Zentrumsfraktion, stellte sich am 23. Januar gleichfalls hinter die Streikbewegung. Die Forderungen der Streikenden seien ja für den Bergbaulichen Verein nicht überraschend gekommen, sie seien seit 1889 bekannt. Auch habe ihm das Verhalten des preußischen Handelsministers „ver-

55 A.a.O., S. 3819.

56 A.a.O., S. 3821.

hältnismäßig wenig imponiert“.⁵⁷ Die Siebenerkommission habe in ihrem Schreiben zu Recht geltend gemacht, daß die Arbeiter seit 1896 wiederholt an den Bergbauverein um Verhandlungen herantreten seien. Ihre Forderungen seien nicht berücksichtigt, nicht einmal beantwortet worden. Spahn zeigte auch die Vorgeschichte der aktuellen Bewegung an der Ruhr auf: „Schon in dem Moment, wo das Syndikat neu gegründet und damit die Syndikatsmacht erheblich gestärkt worden war, steigerte sich die Sorge der Arbeiter um ihre Stellung gegenüber den Zechenbesitzern, die jetzt durch den Rückhalt, den ihnen das Syndikat gewährte, den Arbeitern gegenüber eine viel festere Position erlangten als vorher, weil sie von jetzt an den Arbeitern geschlossen gegenüberstanden.“⁵⁸

Schließlich seien auch die Banken in das Kohlesyndikat eingetreten: „Wir dürfen nicht vergessen, daß den Arbeitern gerade dieses Hervortreten der Banken, das noch nie so sichtbar geworden war, so recht klar machte, daß sie bei dem Arbeitsvertrag nicht mehr Mann gegen Mann, Mensch gegen Mensch, sondern als Anbieter ihrer Ware ‚Arbeit‘ einer Aktiengesellschaft gegenüberstanden.“ Diese Bemerkung Spahns wurde mit einem „Sehr gut!“ aus der Mitte des Reichstags quittiert.⁵⁹

Auch sei die Behauptung von Individualverträgen, von der der Bergbauliche Verein ausgehe, in sich abwegig, denn es gebe im Bergbau nur kollektive Verträge. Sie gälten in den gleichen Formulierungen für alle Arbeiter.⁶⁰ Spahn erwähnte gleichfalls die Erkrankungen unter den Bergarbeitern, vor allem die sogenannte Wurmkrankheit. Sicherlich, die Arbeitgeber hätten 8 Millionen Mark zur Bekämpfung dieser Krankheit ausgegeben, aber was könne der Arbeiter dafür, „daß ihn die Krankheit befallen hat“.⁶¹ Spahn nannte als weitere Quelle der Mißstimmung die Zechenstillegungen, die „Tausende von Arbeitern aus ihren Betrieben, aus ihren Verhältnissen, in die sie sich eingewöhnt hatten, herausgerissen haben“.⁶² Schließlich sei die Verlängerung der Seilfahrt, d. h. der Arbeitszeit, ausgerechnet an einer Zeche eingeführt worden, deren Eigentümer auf sein Privateigentum poche. Das sei auch, sagte der Zentrumsprecher, nicht christlich gedacht. „Das Christentum verlangt von uns, daß wir die Vermögensverwaltung nach Ideen Gottes im Interesse der Gesamtheit der Menschheit, nicht im Interesse dessen, dem das Vermögen gehört, benutzen.“⁶³

Spahn wies auch die Behauptung Bülows in der gleichen Debatte zurück, die Streikbewegung sei in erster Linie von den Sozialdemokraten initiiert und

57 A.a.O., S. 3977.

58 A.a.O., S. 3978.

59 A.a.O., S. 3978.

60 A.a.O., S. 3978.

61 A.a.O., S. 3978.

62 A.a.O., S. 3978.

63 A.a.O., S. 3981.

getragen. Diese Darstellung widerspreche den Tatsachen. Am Schluß seiner Rede erinnerte Spahn übrigens als erster in dieser Debatte an die historische Herkunft des bergbaulichen Vermögens aus dem alten Bergregal, also aus öffentlichem Eigentum, das geschichtlich nur auf dem Wege der sog. „Mutung“, d. h. aus der staatlichen Verleihung der Schürfrechte in die private Hand gelegt sei. Spahn fügte hinzu: „Und wenn der Bergeigentümer die Rechte, die ihm aus der Mutung entspringen, mißbraucht, so hat der Staat das Recht und die Pflicht, sich daran zu erinnern, daß er es war, der die Mutung gewährt hat, der also auch dafür zu sorgen hat, daß Zustände erhalten bleiben, die für die gesamte Bevölkerung des Reiches erträglich sind.“⁶⁴

Nach Spahn sprachen weitere sozialdemokratische Abgeordnete, so Zimmermann und Bömelburg. Bömelburg, der Dortmunder Abgeordneter und Gewerkschaftsführer war, warf die Frage nach der Verstaatlichung des Bergbaus auf, offensichtlich als ein Druckmittel gegen die Zecheneigner. Wörtlich: „Vergessen Sie nicht, daß wenn die Regierung die Verstaatlichung des Bergbaus in Aussicht stellte, dann die Herren es mit der Angst gekriegt hätten; denn wenn so ein Herr wie Stinnes, Thyssen – letzterer soll ja wohl ein jährliches Einkommen von 20 bis 30 Millionen haben – merken würde, daß diese großen Gewinne wegfallen sollen, dann können Sie sicher sein, die Herren wären recht kleinlaut geworden, und ohne Frage wäre in sehr kurzer Zeit eine Unterhandlung und Einigung zustande gekommen.“⁶⁵

So forderte auch Theodor Bömelburg mit Nachdruck die staatliche Intervention: „Ich möchte die Herren von der Regierung dringend bitten, ihre Stellung gegenüber den Unternehmern ganz wesentlich zu ändern, vor allen Dingen in Rücksicht auf die Arbeiter des Bergbaus.“⁶⁶ Aber leider rasselte die Regierung bisher nur mit dem Polizeisäbel, so Möllers Äußerung und schließlich auch Bülows. Als positives Beispiel nannte Bömelburg demgegenüber die Haltung des Bürgermeisters von Witten, der in einer Bergarbeiterversammlung ausdrücklich abgelehnt hatte, weiteren polizeilichen und militärischen Schutz anzufordern. Bömelburg zitierte aus der Rede des Wittener Bürgermeisters, eines Mitglieds des westfälischen Provinziallandtages, in Münster.⁶⁷ Leider habe es in Dortmund

64 A.a.O., S. 3982.

65 A.a.O., S. 3987.

66 A.a.O., S. 3988.

67 „Seit einigen Tagen halte ich mich in Münster auf zur Teilnahme an den Verhandlungen des Provinziallandtages. Ich bin hierhergekommen, um der heutigen Verhandlung beizuwohnen und um die Stimmung zu erforschen. Als ich von Münster abreiste, sagte ich einem Kollegen: ob ich zurückkehren werde, weiß ich nicht; das hängt davon ab, wie es in Witten aussieht. Heute weiß ich, was ich tun werde. Ich reise nach Münster zurück und bleibe dort bis Ende der Woche so ruhig, als ob wir im tiefsten Frieden lebten. Nun sorgen Sie aber dafür, daß es nicht heißt: der Bürgermeister hat sich auf die Bergleute verlassen, und da war er verlassen, sondern daß man am Ende des Streiks sagen wird: die Wittener Bergleute haben durch ihr besonnenes Betragen gezeigt, daß sie Männer sind, welche auf etwas halten.“ (A.a.O., S. 3988)

anders ausgesehen; dort seien Bergarbeiterversammlungen von dem zuständigen OB Schmiesing untersagt worden.⁶⁸

Diese Debatten im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus hatten auf den unmittelbaren Gang des Geschehens an der Ruhr keinen Einfluß. Die Unternehmer ließen sich nicht auf Verhandlungen ein, die Streikkassen leerten sich. Als schließlich Möller am 30. Januar die Vorlage seiner Berggesetznovelle ankündigte, die „wesentliche Punkte der Beschwerden der Bergleute gesetzlich regeln“ werde⁶⁹, entschloß sich eine Revierkonferenz der Streikenden am 9. Februar 1905 in Essen, den Streik abubrechen, angesichts der Tatsache, wie es in der Erklärung hieß, „daß der Herrenstandpunkt . . . in nächster Zeit noch nicht gebrochen werden kann“. Der Beschluß zum Streikabbruch wurde mit 165 gegen 5 Stimmen gefaßt.

Die Debatte über die Berggesetznovelle zog sich noch einige Monate hin. Immerhin war es der Bewegung an der Ruhr gelungen, eine politische Lösung herbeizuführen. Die Berggesetznovelle vom 14. 7. 1905 kam in wichtigen Punkten den Forderungen der Bergarbeiter entgegen: Die Gesamtschichtdauer wurde auf 8 1/2 Stunden begrenzt, einschließlich der Ein- und Ausfahrt, Übersichten und Nebenschichten wurden eingeschränkt, das Wagennullen abgeschafft, das Strafwesen geregelt und ständige Arbeitersausschüsse obligatorisch eingeführt.⁷⁰ Die letztgenannte Regelung griff am weitesten in die bisherigen internen Verhältnisse im Bergbau ein. Diesen Arbeitersausschüssen kam ein Kontrollrecht zur Überwachung der erbrachten Förderleistungen zu, sie wirkten an der Verwaltung der Unterstützungskassen mit und wurden bald eine feststehende innerbetriebliche Einrichtung. Das war zweifellos ein Fortschritt, der Beginn innerbetrieblicher Mitbestimmung in Großbetrieben. Die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften im Bergbau stiegen an. Aber es blieb bei der Trennung in sozialistische und christliche Gewerkschaften. Bei gewerkschaftlichen Aktionen arbeiteten diese Verbände, zu denen noch die kleineren Gruppen der liberalen und polnischen Gewerkschaften hinzukamen, zusammen. Die nächste Streikbewegung an der Ruhr von 1912, sieben Jahre später, kam ohne die Mitwirkung der christlichen Gewerkschaften zustande, war zudem ein reiner Lohnstreik und wurde wohl auch durch die Konkurrenz zwischen den beiden Gewerkschaftsrichtungen motiviert. Die sozialistischen Gewerkschaften wollten sich gegenüber ihren Anhängern durch materielle Erfolge behaupten und neue Mitglieder werben. Ein Ziel aller drei Bewegungen an der Ruhr, von 1889, 1905 und 1912, nämlich die gleichberechtigte Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartner durch die Arbeitgeber, wurde bis zum ersten Weltkrieg jedoch nicht erreicht. Herr im Hause blieb – bis 1918 – die Industrie. Erst gegen Ende des Krieges setzte eine andere Entwicklung ein.

Im Zusammenhang mit dem Ruhrstreik von 1905 spielte sich noch eine weitere

68 Schmiesing war Mitglied des Aufsichtsrats der Harpener Bergbaugesellschaft. (A.a.O., S. 3989)

69 *Gladen*, S. 138.

70 *Gladen*, S. 139.

Bewegung ab, die weniger die Bergarbeiter als die Führung der Gewerkschaften betraf. Die theoretische Linke in der Sozialdemokratie forderte seit längerem den „Massenstreik“ als politisches Mittel. Die Gewerkschaften selbst, auch die hier unmittelbar betroffenen sozialistischen Gewerkschaften, beobachteten die Diskussion mit Verdruß. Der Unmut der Gewerkschaftsführer nahm zu, als sie sich in der Öffentlichkeit 1905 hatten vorhalten lassen müssen, sie wollten mit ihren Streiks nur politische Ziele erreichen, nicht die Belange der Arbeiter selbst fördern. Tatsächlich hatten manche Redaktionen sozialdemokratischer Blätter in ihrer Kommentierung des Bergarbeiterstreiks genauso argumentiert. Seitdem versuchten die Gewerkschaftsführungen gezielt, den Einfluß der theoretischen Linken innerhalb der SPD zurückzudrängen. Ihren ersten Erfolg errangen sie auf dem Mannheimer Parteitag der SPD 1906, der den politischen Streik an die vorherige Zustimmung der Gewerkschaften band. Seit dieser Zeit gewannen auch die Gewerkschaften innerhalb der Reichstagsfraktion der SPD an Einfluß. Die Zahl der Gewerkschaftler im Reichstag nahm zu. Sie setzten einer selbständigen Politik der Sozialdemokratie in Deutschland Grenzen. Die SPD war bereits vor 1914, wie es Friedrich Naumann schon 1906 beschrieben hatte, eine Reformpartei geworden.⁷¹

Erster Weltkrieg

1914 war die Reichsregierung überrascht, daß sich sofort nach Kriegsbeginn die Gewerkschaften zu einem „Burgfrieden“ bereitfanden, d.h. zur Einstellung gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen während des Krieges.

Es zeigte sich bald, daß eine erfolgreiche Kriegführung nicht nur von Soldaten, Munition, Geschützen abhing, der Krieg nicht nur an der Front geführt wurde, sondern die wirtschaftliche Leistung des eigenen Landes, nicht zuletzt die Arbeitsleistung von ausschlaggebender Bedeutung war für Erfolg und Mißerfolg. So begann im ersten Weltkrieg ein neues Kapitel der deutschen Sozialgeschichte und der Beziehungen zwischen Politik, Verwaltung, Unternehmerorganisationen und Gewerkschaften.

Zunächst mußte es scheinen, als seien die Unternehmer, vor allem die Schwerindustrie, die eigentlichen Kriegsgewinnler. Die Schwerindustrie nahm zwangsläufig in den Kriegsjahren eine Schlüsselstellung ein, und die Unternehmerschaft scheute sich nicht, ihre Aufopferung für das Vaterland mit der Erhöhung der

71 Friedrich *Naumann*: Die innere Wandlung der Sozialdemokratie, Süddeutsche Monatshefte, 3. Jg., Nr. 10 (1906), in: Naumann, Werke Bd. 4, S. 339-348. – Vgl. Theodor *Heuß*, Friedrich *Naumann*. Der Mann, das Werk, die Zeit, Stuttgart-Berlin 1937, S. 211ff. (Eine neuere Biographie Naumanns liegt nicht vor.) – Naumann war durch persönliche Kontakte mit den politischen, sozialen und kirchlichen Verhältnissen des Ruhrgebiets gut vertraut. Die Modernität seiner politischen Analysen würdigt M. *Zimmermann*: A Road not Taken. Friedrich Naumann's Attempt at a Modern German Nationalism, in: Journal of Contemporary History 17 (1982), S. 689-706.

Preise für ihre Lieferungen zu koppeln. Vor allem die Firmen Krupp und Stinnes wurden für ihre Koppelung von Vaterlandsliebe und Gewinn bekannt.

Die unternehmerische Situation in der Schwerindustrie schien sich noch weiter zu verbessern, als Ende August 1916 Hindenburg und Ludendorff in die neue Oberste Heeresleitung berufen wurden. Denn die neue OHL verlangte sofort eine Steigerung der kriegswirtschaftlichen Leistungen, für die sie das bekannte „Hindenburg-Programm“ aufstellte. Die Einlösung dieses Programmes sollte das sogenannte „Vaterländische Hilfsdienstgesetz“ durch die Mobilisierung der gesamten Bevölkerung zwischen 16 und 60 Jahren für den Arbeitsdienst bringen. Das Gesetz mußte im Reichstag verabschiedet werden. Weitgehende Übereinstimmung in der Schlußabstimmung – um der Demonstration der Geschlossenheit willen – war erwünscht. Schien mit dem Hindenburg-Programm anfangs die Stunde der Schwerindustrie gekommen zu sein, so kam kurz darauf mit dem Hilfsdienstgesetz die Stunde der Gewerkschaften.⁷²

Wer das Kriegsgeschehen nur von dem äußeren Erscheinungsbild sieht, vergißt leicht die verwaltungstechnische Organisation im Innern – wie sie von allen kriegführenden Ländern in diesen Jahren aufgebaut wurde. Die Wirtschaft mußte auf die Bedürfnisse des Heeres umgestellt werden. Das bedeutete nicht nur erhebliche Eingriffe in die wirtschaftliche Freiheit, sondern zugleich auch eine direkte Intervention der Verwaltung, vor allem der Reichsämter, d.h. der Ministerien in den Ablauf der Produktion selbst, wie dies vor 1914 unbekannt gewesen war.

Neben der staatlichen Verwaltung kam 1914 noch eine weitere Organisation ins Spiel. Das Gesetz über den Belagerungszustand hatte 1914 den 20 Stellv. Generalkommandos in Deutschland neben den örtlichen und provinziellen Verwaltungen einen eigenständigen Zuständigkeitsbereich zugewiesen. In diesen Generalkommandos, deren Generäle meist wenig Erfahrung in politischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Dingen hatten, entstand eine neue Anlaufstelle in der Wirtschaft. Das galt auch für die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Industrie, auf die die Militärs ihre Aufmerksamkeit richteten. Zuständig für das Ruhrgebiet war das Stellv. Generalkommando in Münster. Gerald Feldman hat aus den Akten des münsterschen Staatsarchives, vor allem aus dem Briefwechsel zwischen General von Gayl und dem münsterschen Regierungspräsidenten von Merveldt, diese Vorgänge rekonstruiert.

Im August 1916 hatten vereinzelt Streiks im Ruhrgebiet stattgefunden, ausge-

72 Vgl. G. A. Ritter, Staat, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland, Bonn 1980, S. 83. – Zahlreiche Materialien zur Geschichte der Ruhrindustrie während des Ersten Weltkriegs und in den zwanziger Jahren finden sich in der 4bändigen, allerdings sehr zeitgebundenen Darstellung von Hans Spethmann: Zwölf Jahre Ruhrbergbau (Reimar Hobbing), Berlin 1928. – Zur vergleichbaren innenpolitischen Entwicklung in England während der Kriegsjahre das Kapitel „War, Patriotism and the State“, in: John Stevenson, British Society 1914-45 (The Pelican Social History of Britain), Harmondsworth 1984, S. 46-77.

löst durch die verschlechterte Ernährungslage. Als sich die Industriellen an Gay wandten, riet er zum Ausgleich, vor allem solle man die Gewerkschaften, die sich als zuverlässig erwiesen hätten, bei der Lösung der Probleme heranziehen. Das widersprach natürlich den Intentionen der Unternehmer an der Ruhr. Aber die besondere Situation zwang sie, von ihren bisherigen Einstellungen, mehr widerwillig als willig, abzugehen. Das primäre Interesse der Militärs lag darin, jegliche Unruhe unter der Arbeiterschaft zu vermeiden. Es zeigte sich, daß die Gewerkschaften automatisch einen höheren Stellenwert bekommen hatten.⁷³

Das galt auch für die vorbereitenden Beratungen um das Hilfsdienstgesetz in Berlin 1916. Sobald die Gewerkschaftsführungen erkannten, daß man ihre Mitarbeit und Zustimmung als unabdingbar ansah, stellten sie Forderungen, der Preis für eine Zustimmung. Das Berliner Innenministerium unter Karl Helfferich und das Kriegsamt unter Wilhelm Groener verhandelten jetzt mit den Spitzen der Unternehmer und der Gewerkschaften über den Inhalt des Gesetzes. An den Besprechungen mit den jeweiligen Fraktionsvorständen im Reichstag waren die Gewerkschaftsführer durch Carl Legien, dem Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften, beteiligt. Legien war grundsätzlich bereit, dem Hilfsdienstgesetz zuzustimmen, wenn politische Gegenleistungen erbracht würden. Es ging ihm um die offizielle Anerkennung der Gewerkschaften als Verhandlungspartner und um die Einrichtung von Arbeiterausschüssen. Selbstverständlich war man über die Einführung der Dienstverpflichtung nicht glücklich, aber in Gewerkschaftskreisen begann man nun Vor- und Nachteile abzuwägen. Das zeigen auch die Protokolle der SPD-Fraktion aus den Novembertagen 1916, die die Überlegungen festhalten. Schließlich stimmte die SPD-Fraktion am 1. Dezember auf eine Intervention Legiens hin fraktionsintern dem Hilfsdienstgesetz mit 49 gegen 21 Stimmen zu.⁷⁴

Dennoch blieb die Situation bis zur Schlußabstimmung in der dritten Lesung am 2. Dezember 1916 gespannt. Das Hilfsdienstgesetz wurde im Reichstag mit 235 gegen 19 Stimmen angenommen, also auch mit der Mehrheit der Sozialdemokraten. In Betrieben mit über 50 Arbeitnehmern wurden die vorgeschriebenen Arbeiterausschüsse eingerichtet. Der betreffende Artikel 12 des Gesetzes orientierte sich in der Formulierung an der preußischen Berggesetznovelle von 1905.⁷⁵

Gerald Feldman kommt in seiner Studie „Army, Industry and Labor in Germany 1914-1918“ zu dem Ergebnis, daß das Gesetz, das am 5. Dezember in Kraft trat, einen Wendepunkt in der deutschen Sozialgeschichte bedeutete,

73 Vgl. Gerald D. Feldman, *Army, Industry and Labor in Germany 1914-1918*, Princeton 1966, S. 134f.

74 Vgl. Matthias Pikart, *Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898-1918*, Teil II, Düsseldorf 1966, S. 237 und *Das Kriegstagebuch des Abgeordneten Eduard David 1914-1918*, Düsseldorf 1966, S. 212: „Legien rettete die Situation. Ebert und Scheidemann waren bis zur letzten Stunde zum Umfall bereit.“

75 Vgl. H. J. Teuteberg, *Geschichte der industriellen Mitbestimmung*, Tübingen 1961, S. 511.

weniger wegen der Dienstverpflichtung, ein äußerst gravierender Eingriff in das wirtschaftliche Leben, sondern vor allem wegen der Aufwertung der Gewerkschaften durch die Regierungspolitik: „The government had been compelled to recognize the unions and their right to equality with the employers.“⁷⁶

Man hatte unter dem Zwang der Verhältnisse den Schritt in die modernen Arbeitsverhältnisse des 20. Jahrhunderts getan, Verhältnisse, wie sie im wesentlichen heute noch bestehen. Fortan suchten Verwaltung wie Industrie bei allen wichtigen Wirtschafts- und Arbeitsfragen die Meinung der gewerkschaftlichen Organisationen ein. Alexander Schlicke, der Vorsitzende der Metallarbeitergewerkschaft, trat in das neugeschaffene Reichsarbeitsamt ein.

Natürlich änderte das Hilfsdienstgesetz, auf Mobilisierung der inneren Reserven abgestellt, wenig daran, daß sich allmählich die Lage der Arbeiterschaft, vor allem die Ernährungslage, zu verschlechtern begann. Vom Januar bis Mai 1917 brachen vereinzelt Streiks in Berlin wie an der Ruhr aus. Sie wurden durch Vermittlung der Gewerkschaften, des Kriegsammtes und von Gayls im Ruhrgebiet beigelegt. An diesen Vorfällen zeigte sich, daß die Gewerkschaftsführungen keineswegs immer sicher sein konnten, das Vertrauen der Arbeiterschaft zu besitzen. Größere Streiks, das wußte jeder, bedeuteten nicht nur ein Scheitern des Hilfsdienstgesetzes, sondern stellten auch die Fortsetzung des Krieges selbst in Frage.

Nicht nur die Gewerkschaften mußten eine Linie zwischen den Interessen ihrer Arbeiterschaft und einer bedingten Bereitschaft zur Kooperation mit Staat und Unternehmern finden, die Unternehmer standen ihrerseits in einer ähnlichen Lage. Seit 1918 wuchs sowohl bei den Gewerkschaften wie bei den Unternehmern das Mißtrauen gegen die Verwaltung der Reichsämter, nicht zuletzt gegen ihre sachliche Kompetenz in der Lösung anstehender wirtschaftlicher Fragen.

So kam es im Sommer 1918 zu der zunächst überraschenden Entwicklung, daß die Unternehmer von sich aus den Kontakt mit den Gewerkschaften suchten, um beide Seiten tangierende Fragen gemeinsam zu lösen.

Für die Gewerkschaften entstand zudem eine ungeahnte, interne Schwierigkeit. Das Hilfsdienstgesetz bewirkte einen Zustrom neuer Mitglieder in die Gewerkschaften, häufig jugendliche Arbeiter. Bisher bestanden die Gewerkschaften in ihrem Kern aus einer in sich solidarischen Gruppe von Facharbeitern. Einberufungen bisheriger Mitglieder an die Front und Neuzugänge veränderten plötzlich die innergewerkschaftliche Struktur, brachten auch die Gefahr mit sich, daß sich der Kontakt der Gewerkschaftsführungen zu den betrieblichen Belegschaften lockerte. Sowohl in der staatlichen Verwaltung wie in den Unternehmerkreisen erkannte man bald das interne Führungsproblem der Gewerkschaften.

Nachdem anfängliche Versuche der Unternehmer, von der Kooperation mit den Gewerkschaften, die das Hilfsdienstgesetz vorschrieb, wieder loszukommen,

76 *Feldman*, S. 247.

am entschiedenen Widerstand der Verwaltung scheiterten, hatte bei führenden Unternehmern ein Prozeß des Umdenkens begonnen.⁷⁷ Man versuchte sich zu arrangieren. In der Folge kam es, wie Peter Wulf in seiner 1979 erschienenen Biographie über Hugo Stinnes schreibt, „zu einem Zweckbündnis der Produzenten, nämlich der Unternehmer und der Gewerkschaften gegen die große Masse der Konsumenten, indem Lohnerhöhungen für die Arbeiterschaft mit gleichzeitigen Preiserhöhungen gekoppelt wurden“.⁷⁸

Löhne wie Preise wuchsen kontinuierlich, ein Vorgang, der sich übrigens ähnlich im gegnerischen Nachbarland, Frankreich, abspielte. Auch hier wuchsen die industriellen Einkommen, wie Jean Jacques Becker in einer Untersuchung über „Les Français dans la Grande Guerre“ aus den Berichten der Präfekten über die innere Lage des Landes erforscht hat.⁷⁹

Manche Überlegungen, die bei Hugo Stinnes, der sich inzwischen ein Wirtschaftsimperium an Rhein und Ruhr aufgebaut hatte – sein Familienunternehmen war aus einer Mühlheimer Kohlenhandlung entstanden – und seinem Vertrauten und Berater Albert Vögler auftauchten, waren etwas abenteuerlich. Man dachte daran, auch die Gewerkschaften für expansive Kriegsziele zu gewinnen, und sprach sie gelegentlich darauf an. Aber selbst im Bergbaulichen Verein, dem Stinnes am 22. März 1917 seine für manchen etwas zu prinzipienlosen Kooperationsabsichten vortrug, stieß er auf Ablehnung, unter anderen von Seiten Hugenbergs, eines leitenden Mitarbeiters des Krupp-Konzerns.⁸⁰

Gelegentliche Gespräche zwischen Stinnes, Kirdorf, Hugenberg und Vögler auf der einen Seite, den Gewerkschaftlern Legien, Bauer, Schmidt und Schlicke auf der anderen – so am 25. Juli und 9. August 1917 im Berliner Hotel „Continental“ – vermittelte der Bonner Professor für Nationalökonomie, Schumacher. Erschwert wurden diese Gespräche dadurch, daß sich seit 1917, seit der Friedensresolution des Reichstags, eine deutliche Spaltung der deutschen öffentlichen Meinung abzeichnete. Die Gewerkschaften unterstützten die Friedensresolution der Reichstagsmehrheit, die Unternehmer tendierten zu der chauvinistischen Sammlungsbewegung der „Vaterlandspartei“. Die „Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände“ warf Stinnes Verrat an gemeinsamen Grundsätzen vor. Es war anfangs nicht ganz klar, wohin die tastenden Gespräche führen würden.⁸¹ Als sich aber im Sommer 1918 die militärische Niederlage, jedenfalls ein Ende des Krieges abzeichnete, wurden die Gespräche intensiver. Im August 1918 sprach Stinnes mit dem Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes Hermann Sachse und

77 Vgl. Peter Wulf, Hugo Stinnes. Wirtschaft und Politik 1918-1924, Stuttgart 1979, S. 88ff.

78 A.a.O., S. 89.

79 J.-J. Becker, Les Français dans la Grande Guerre, Paris 1980 (vgl. Rez. in: Le Monde des livres, 16. 1. 1981).

80 Wulf, Stinnes, S. 90.

81 Wulf, Stinnes, S. 93.

dem SPD-Reichstagsabgeordneten Otto Hue. Diese Kontakte kamen ausgerechnet im Kohlebergbau zustande, wo bisher die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeiterschaft am schärfsten ausgeprägt gewesen waren. Am 11. Oktober trafen sich Stinnes und Hue erneut, diesmal auf der Zeche Victoria-Mathias, um Verhandlungen einzuleiten. Die offiziellen Verhandlungen wurden am 18. Oktober 1918 aufgenommen. Auf der Gewerkschaftsseite waren alle vier Verbände (sozialistische, christliche, liberale, polnischer) beteiligt. Beraten wurden Lohn- und Arbeitszeitfragen.

Die Anregungen, die von der Kohleindustrie ausgingen, wurden bald auch von anderen Industriezweigen aufgenommen. Als am 9. Oktober 1918 einige Eisen- und Stahlindustrielle im Stahlhof in Düsseldorf zusammenkamen, war man sich bald darüber im klaren, daß die Zukunft erhebliche Gefahren in sich barg, von daher die Fühlungnahme mit den Gewerkschaften dringend sei. Das Vertrauen der Wirtschaft in die Regierung, zumal die neue Regierung unter Max von Baden, nahm weiter ab. Man war der Ansicht, für die Zukunft eigenständige Lösungen suchen zu müssen. So verfestigte sich in diesen Tagen die Konzeption einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Gewerkschaften, die die förmliche Anerkennung der Gewerkschaften als legitimierte Vertreter der Arbeit einschloß. Aber diese Frage war eigentlich angesichts der sich abzeichnenden innenpolitischen Veränderungen gar kein offenes Problem mehr. Man beauftragte Stinnes, mit den Gewerkschaften offiziell zu verhandeln.

Eine ähnliche Bewegung war von der Elektroindustrie unter dem Geschäftsführer des Verbandes, Hans von Raumer, ausgegangen. Diese verschiedenen Bewegungen liefen jetzt zusammen. Am 11./12. November wurde der Achtstundentag vereinbart – für sämtliche Industrien, ferner die generelle Regelung der Arbeitsbeziehungen über kollektive Arbeitsverträge. Das Abkommen wurde am 15. November unterzeichnet. Es ist zweifellos eins der wichtigsten Dokumente der deutschen Wirtschaftsgeschichte, wenn auch sprachlich und textlich recht farblos und wenig ansprechend. Es wurde anschließend im Reichsanzeiger durch den neugebildeten Rat der Volksbeauftragten veröffentlicht.

Natürlich stieß die Vereinbarung bald gewerkschaftsintern auf Kritik. Man habe sich doch auf ein Bündnis mit dem Klassengegner eingelassen, so hieß es. Auch wurde der Gewerkschaftsführung vorgehalten, die Gunst der Stunde angesichts der politischen Niederlage von 1918, gewissermaßen auch eine Niederlage der Unternehmer, nicht genutzt zu haben. Aber die Gewerkschaftsführer waren alles andere als Revolutionäre. Wie der Krieg für sie unerwünscht gewesen war, so galt dies auch für die Revolution. Sie suchten vielmehr eine dauerhafte Ausgestaltung der sozialen Beziehungen innerhalb des Wirtschaftssystems und hatten in dieser langfristigen Perspektive nicht unrecht.

Andererseits hatten sich die Unternehmer ihre Zugeständnisse an die Arbeiterschaft ganz offensichtlich nur notgedrungen angesichts der Situation in Deutschland im November 1918 abringen lassen. So blieben auch hier erhebliche

Vorbehalte. Die Arbeitsgemeinschaft vom November 1918 war ein Zweckbündnis, von innerer Zustimmung konnte bei allen Beteiligten nicht die Rede sein. Aber unverkennbar hatten sich beide Seiten ein Stück Freiheit erobert. Die Wirtschaftsverfassung der Weimarer Republik war liberaler als die des soeben aufgelösten Kaiserreichs. Allerdings im November 1918 konnte niemand voraussehen, wie sich die künftige Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen gestalten würde. Schließlich kam die Liquidationsmasse des verlorenen Krieges auch auf die Wirtschaft zu, und es stellte sich bald die Frage, zu wessen Lasten sie verteilt werden sollte.⁸²

1919/20: Weimarer Republik

Vor 1914 war die Arbeitslosigkeit kaum bekannt gewesen. Jetzt lag sie wie ein Gespenst über dem wirtschaftlichen Leben. Während die Gewerkschaftsvorstände alles daran setzten, organisatorisch die Wirtschaft wieder arbeitsfähig zu machen, dabei prinzipielle wirtschaftspolitische Fragen zurückstellten, richtete sich das Mißtrauen der Arbeiterschaft schnell, zumal in der Metall-, Stahl- und Kohleindustrie, gegen die Unternehmensführung und ihre Ambitionen während der jüngsten Kriegsjahre. Ihnen wurde die aktuelle deutsche Misere angelastet.

So fand 1919 die Forderung nach Sozialisierung, vor allem im Kohlebergbau, bis dahin lediglich in einzelnen sozialistischen Zeitschriften erörtert, schnell Eingang in die Debatten der Parlamente, nicht zuletzt einer der Gründe, warum die Schwerindustrie, gewohnt, von den deutschen politischen Organen geschützt zu werden, auf die neue parlamentarische Demokratie mit erheblichem Mißtrauen reagierte.⁸³

82 Um die Situation an der Wende von 1918/19 zu realisieren, ist die Veränderung zu berücksichtigen, die jetzt das wirtschaftliche und politische Leben erfaßte. Die sozialistischen Gewerkschaften waren von 2,5 Mill. Mitgliedern im Jahre 1914 auf 7 Mill. 1919 angewachsen. Ähnlich verlief die Entwicklung des Mitgliederstandes bei den christlichen und liberalen Gewerkschaften. Das Gewicht der Gewerkschaften in der deutschen Öffentlichkeit war erheblich gestärkt worden. Barrieren, welche die Sozialordnung des Kaiserreichs ihnen entgegengesetzt hatte, waren aufgehoben. An den Gewerkschaften ging kein Weg mehr vorbei. Dennoch wurde ihr Spielraum durch innere Schwierigkeiten eingegrenzt. Denn ausgehend von der Spartakusbewegung, den revolutionären Obleuten der letzten Kriegsjahre, und von der Ende 1919 neugegründeten Kommunistischen Partei, fanden sich jetzt in allen größeren Gewerkschaften starke Oppositionsgruppen, die die ausgleichende Politik ihrer Verbandsvorstände bekämpften, und getragen von einer weitverbreiteten Mißstimmung, zumal der jüngeren Arbeiterschaft, die häufig unterernährt, noch von den Wunden des Krieges gezeichnet war, und inzwischen auch von der Arbeitslosigkeit bedroht wurde, zu radikaleren Haltungen drängten.

83 Als am 18. Februar 1919 eine von Anhängern der USPD getragene Konferenz in Essen zu einem dreitägigen sog. Generalstreik aufgerufen hatte, die Frage in der seit Anfang Februar tagenden Nationalversammlung in Weimar zur Sprache kam, sah sich Otto Hue, nach wie vor der anerkannte Sprecher der Bergarbeiterschaft, veranlaßt, dazu vor der Nationalversammlung am 27. Februar Stellung zu nehmen. Die Mehrheit der Delegierten habe überhaupt nicht hinter diesem Beschluß gestanden, und selbst die Minderheit sei durch bewaffnete Soldaten vor den Türen des Konferenzsaals unter Druck gesetzt worden. Hier werde Gewalt angewandt, und warum, fragte er erregt, „dieser

Otto Hue brachte die Sozialisierungsfragen in die Nationalversammlungen ein, die die Aussprachen des Parlaments bis in den Sommer 1919 hinein beschäftigten. Am 7. März begründete Hue die Sozialisierungsforderungen in einer ausführlichen Rede vor der Versammlung. Er verwies auf die Geschichte des Bergbaus und die Geschichte der Eigentumsregelungen. Es gebe kein „Privateigentum an den Bodenschätzen“. Weder habe früher der Regal- und Standesherr ein sogenanntes „natürliches Recht“ an Bodenschätzen gehabt – Unternehmer wie Friedrich Harkort hätten sich leidenschaftlich gegen eine solche Haltung gewehrt –, noch hätten die heutigen Eigner ein natürliches Recht auf privates Eigentum. Ehedem – Hue hatte sich eingehend mit der Geschichte des Bergbaus befaßt – habe es ein „altgermanisches Markgenossenschaftsrecht“ an den Bodenschätzen gegeben. Dies müsse jetzt, so fügte Hue in einem großen historisch-gedanklichen Sprung hinzu, in dem „republikanisch-sozialistischen Deutschland“ wieder das Eigentum der Gemeinschaft werden, von daher Sozialisierung, eine Forderung, die ehemals angestrebt worden sei. Hue verwies darauf, daß überall in Europa von den Bergarbeiterschaften ähnliche Forderungen gestellt würden, so jüngst der italienische Gewerkschaftskongreß in Bologna, in Schweden, die Waliser Bergarbeiter in England. Die „Überspannung der privatkapitalistischen Wirtschaft, die Exzesse der privatkapitalistischen Autokratie“, so Hue, habe „in allen betroffenen Ländern die Empörung der Massen wachgerufen“. Daraus sei in der europäischen Arbeiterschaft die Forderung nach wirtschaftlicher Demokratie und Sozialisierung entstanden. Hue hatte nicht unrecht. Ähnlich wie in Deutschland begann jetzt die Linke in allen europäischen Ländern den Herren in der Industrie die Verantwortung für den Krieg und seine Verheerungen anzulasten.

Solange noch eine latente Streikgefahr bestand, verhielten sich die industriellen Führer in Deutschland – so in den ersten Monaten 1919 – politisch zurückhaltend. Aber bereits im Sommer 1919, im Zusammenhang mit der öffentlichen Debatte um den Versailler Vertrag, der der deutschen Regierung ultimativ zur Unterzeichnung vorgelegt worden war und heftigste Erregung, zumal bei den Parteien der nationalen Rechten, auslöste, glaubte mancher Industrieführer wieder festeren Boden unter den Füßen zu haben. Zudem war die Sozialisierung selbst von sozialdemokratischen Politikern nicht gerade begeistert betrieben worden.

Bruderkampf?“ Ferner: „Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, ja auch die Spartakisten haben ihre Leute nicht mehr in der Hand: die sind losgebrochen, und nun will keiner der Generalstreikprediger die Verantwortung übernehmen.“ Niemand von diesen Anhängern des Generalstreiks stelle sich die Frage: „Was kommt dann hinterher?“ (Nationalversammlung Bd. 326, S. 336) Das Ergebnis sei: „Die Bergarbeiter kommen immer tiefer in die Not hinein.“ (A.a.O.) Hue sah sich gezwungen, die sozialistische Linke vor dem Forum der Weimarer Nationalversammlung aufzurufen, in ihrer Agitation einzuhalten. „Noch ist es Zeit“, warnte er, „noch sind die Massen nicht derart von Verzweiflung erfaßt, daß wir sie nicht in gemeinschaftlicher Arbeit aufrichten könnten zur Erreichung des Zieles, das wir gemeinsam haben, nämlich die Sozialisierung der Volkswirtschaft, erstlich des Bergbaus!“ (A.a.O.)

Die politische Explosivität, die die Ruhrindustrie nach wie vor in sich barg, wurde in dem parlamentarischen Schlagabtausch sichtbar, der sich im Februar 1919 in der Weimarer Nationalversammlung zwischen dem Ruhrindustriellen Albert Vögler, einem parlamentarischen Neuling, Abgeordneten der DVP, und dem erfahrenen, rhetorisch gewandten Zentrumspolitiker und jetzigen Staatssekretär Matthias Erzberger abspielte.

Vögler, von Beruf Hütteningenieur und seit 1915 Generaldirektor der Deutsch-Lux. Bergwerks- und Hütten AG (Bochum), begründete für seine Fraktion eine Interpellation, die sich gegen die Verhandlungsführung Erzbergers bei der Fortsetzung des Waffenstillstands mit den bisherigen Kriegsgegnern richtete. Er leitete seine Attacke mit malerischen Worten ein: „Der Pulsschlag der deutschen Industrie wird schwach und schwächer, schon stockt er hier und da ganz, schon setzt der Erstarrungsprozeß an vielen Punkten unseres wirtschaftlichen Lebens ein. Mit grausamer Sicherheit weiß der Feind die Punkte zu wählen und zu treffen, die uns dem sicheren Ruin entgegenführen müssen.“ Erntete Vögler anfangs noch Beifall mit seiner etwas naiven Frage, ob er, der zuständige Staatssekretär Erzberger, überhaupt die genauen Zahlen der abzuliefernden Transportmittel kenne – Lokomotiven, Eisenbahnwagen –, so spitzte sich die Situation zu, als er Erzberger vorwarf, er habe die führenden deutschen Industriellen, besonders Hugo Stinnes, nicht als beratende Sachverständige zu den Trierer Waffenstillstandsverhandlungen hinzugezogen. Das Verhandlungsergebnis kritisierte Vögler so: „... diese Bedingungen waren das letzte Schlußglied in der Kette, die der Herr Reichsminister Erzberger in monatelangen Verhandlungen um das deutsche Volk gelegt hat (sehr gut! rechts), das Schlußglied in der Kette, die das deutsche Volk erwürgen wird. (Sehr richtig! rechts).“⁸⁴ Das war massiv und gegen ein führendes Mitglied der neuen Regierung wie gegen einen Repräsentanten der noch jungen Demokratie gerichtet.

Als Augenzeuge hielt Walter Oehme später in seinen Erinnerungen fest: „Vom ersten Wort an sprach er (Vögler) im Ton eines Staatsanwalts oder eben eines Generaldirektors, der mit den Fehlern seiner Untergebenen abrechnet. Das Haus füllte sich schnell, hinter den Regierungsbänken herrschte drangvolle Enge, und auf den Tribünen lauschte man Kopf an Kopf ... Das Haus wurde unruhig. Vögler steigerte seine eiskalte Stimme zur letzten großen Anklage.“⁸⁵

„Wir werfen Ihnen vor“, erklärte Vögler zu Erzberger gewandt, daß Sie in wichtigen Lebensfragen unseres Volkes allein verhandelt haben, wir werfen Ihnen vor, daß Sie niemals Sachverständige zur rechten Zeit in den so wichtigen

84 Eduard *Heilfron* (Hg.), Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919. Bd. 1, Berlin 1920, S. 315.

85 Walter *Oehme*, Die Weimarer Nationalversammlung 1919. Erinnerungen, Berlin 1962, S. 172f. u. 176.

Erz- und Kohlenfragen aus den Kreisen der Interessenten zu den Waffenstillstandsverhandlungen hinzugezogen haben.“⁸⁶ Das Protokoll verzeichnet: „Stürmische, andauernde Unterbrechungen und große Unruhe im Zentrum und Links.“⁸⁷ Vögler suchte die offensichtlich für ihn unerwartete Reaktion der Nationalversammlung abzuwehren und rief, ohne seinen Satz zu Ende führen zu können: „Ich bin kein Hetzer, meine Herren, ich habe Ihnen nur aus einem amtlichen Protokoll...“ Das Protokoll: „Andauernde erregte Zwischenrufe im Zentrum und Links.“⁸⁸ Vögler setzte erneut an: „Ja, meine Herren, ist das im neuen Deutschland die neue Sitte?“ Protokoll: „Fortgesetzte stürmische Entrüstungsrufe im Zentrum und Links.“ Vögler: „Ich bin neu im Parlament. Kann man hier nicht frei weitersprechen?“ Protokoll: „Fortdauernde Unterbrechungen im Zentrum und Links.“ Der Präsident der Versammlung intervenierte, ergriff die Glocke und sprach auf Vögler ein: „Sie haben durch die Art Ihrer persönlichen Angriffe den Entrüstungssturm entfesselt.“

Vögler sprach, ständig unterbrochen, weiter, steigerte, möglicherweise ungewollt, seine Angriffe: „Ich kenne Herrn Erzberger gar nicht, ich habe mit ihm noch nie etwas zu tun gehabt, aber ich spreche hier als Vertreter einer Industrie, die am Erstarren ist, und ich habe die Pflicht Ihnen hier zu sagen, wie die Sache bei uns steht. Wenn ich dies nicht täte, dann stände ich hier nicht auf meinem Platze.“⁸⁹ Der Industrielle suchte nach abschließenden Worten und goß dabei erneut Öl in das Feuer: „Wir vermuten, daß wir bald, sehr bald Frieden haben, wir vermuten, daß der Frieden von selbst kommt, wir vermuten aber auch, daß es ein Frieden des Kirchhofs ist (große Unruhe und stürmische Zurufe bei den Mehrheitsparteien), vielleicht nur unterbrochen von dem gellenden Geheul der bolschewistischen Hyäne.“⁹⁰ Das war zuviel. Das Protokoll verzeichnet: „Stürmische Unterbrechungen und große Unruhe bei den Mehrheitsparteien.“ Vögler bemühte sich noch um einige verbindliche Bemerkungen und beendete seine Rede. Die Rechte antwortete mit „lebhaftem Beifall“.

Als Augenzeuge berichtet Oehme, damals Sekretär in der Reichskanzlei, über den weiteren Verlauf der tumultuösen Szene in der Nationalversammlung am 18. Februar 1919: „Mit wieselflinken Schritten sprang Erzberger zum Rednerpult. Er hatte eifrig Notizen gemacht und ein paarmal einen Referenten hinausgejagt, um Akten zu holen, in denen er hastig blätterte. Jetzt demonstrierte er seinen Feinden auf der Rechten ihren Fehlgriff, ihm ein parlamentarisches Greenhorn als Angreifer gegenüberzustellen. Erzberger war der Schrecken aller Parlamentsstenografen. Sie waren auf 300 Silben in der Minute geprüft, aber er schleuderte 350

86 *Heilfron* Bd. 1, S. 318.

87 A.a.O., S. 319.

88 A.a.O., S. 319.

89 A.a.O., S. 320.

90 A.a.O., S. 320.

und mehr hinaus, und während er lachte und höhnte, bewies und dröhnte, schwitzten die Stenografen vor Angst.“⁹¹

„Meine Damen und Herren“, startete Erzberger seine Replik, „die Rede des Interpellanten hätte für Deutschland irgendeinen Nutzen erwirken können, wenn er sie statt an meine Person an Marschall Foch gerichtet hätte, dann aber nicht mit der Oberflächlichkeit und Leichtfertigkeit, mit der er hier mit Tatsachen umgesprungen ist, mit einer Leichtfertigkeit und Oberflächlichkeit, wie ich sie in meiner sechzehnjährigen parlamentarischen Tätigkeit nicht erlebt habe.“⁹² Vögler hatte gesagt: „Ich spreche hier als Vertreter einer Industrie, die am Erstarren ist.“ Erzberger konterte: „Der Vorredner sagte, die Augen seien ihm am letzten Sonntag [d.h. nach dem Bekanntwerden der Ergebnisse der Waffenstillstandsverhandlungen] geöffnet worden, wohin wir steuern. Uns sind sie schon längst geöffnet, und zwar zu einer Zeit, als wir noch stark waren, und wo die Gruppe, die heute dem Interpellanten zujubelte, den Ruin des Vaterlandes herbeigeführt hat. (Stürmische Zurufe bei den Mehrheitsparteien. Erregte Zurufe rechts.) Sie wagen es, die Gruppe Vögler wagt es, in der Nationalversammlung vom Schuldkonto eines Ministers zu sprechen, der für den Frieden der Verständigung und Versöhnung eingetreten ist in einer Zeit, wo Sie (nach rechts) die Leidenschaften aufpeitschten und unser armes Volk weiteren Blutopfern ausgeliefert haben. (Erneute stürmische Zustimmung bei den Mehrheitsparteien. – Erregte Zurufe rechts.) Wer dem Wilsonschen Frieden im Wege stand, das waren Sie auf der Rechten, meine Herren!“⁹³

In dieser Sitzung der Nationalversammlung am 18. Februar 1919 brachen die bis dahin durch die Revolutionsmonate verdeckten innerdeutschen Fronten der Kriegsjahre wieder auf, und damit wurde automatisch, durch die Vögler-Rede zudem provoziert, die Frage nach der politischen Rolle der Schwerindustrie aufgeworfen. Vögler war ein führender Manager des Stinnes-Konzerns. So wendete Erzberger die Spitze des auf seine Person gerichteten Angriffs gegen die Person des Ruhrindustriellen Hugo Stinnes: „Es haben Herr Beukenberg und andere Herren, an welche wir uns gewandt haben, abgelehnt, als Sachverständige teilzunehmen, und zwar mit der Motivierung, daß Herr Hugo Stinnes abgelehnt worden sei. Unter solchen Terrorismus suchen Sie (nach rechts) die Regierung zu versetzen. Ihre Herrschaft ist vorüber, glauben Sie mir das. Restlos (stürmischer Beifall links und im Zentrum. – Lebhaftes Zurufe rechts. – Glocke des Präsidenten).“⁹⁴

Eine solche direkte Abrechnung mit der politischen Haltung der Schwerindustrie war bisher noch in keinem deutschen Parlament ausgesprochen worden, auch

91 *Oehme*, S. 177.

92 *Heilfron* Bd. 1, S. 321.

93 A.a.O.

94 *Heilfron* Bd. 1, S. 332.

nicht von sozialdemokratischen Abgeordneten. Bei aller Freude an der parlamentarischen Polemik hatte Erzberger mit einem Satz seiner Antwortrede den Kern des Problems getroffen, als er Vögler und dessen Anhängern vorhielt: „Durch die Rede des Herrn Abgeordneten Vögler zog sich eines hindurch: Er hat immer die eine nicht ganz kleine Tatsache vergessen, daß wir leider den Krieg verloren haben. Das hat er bis heute noch nicht in den Kreis seiner Betrachtungen gezogen, sonst könnte man eine solche Rede nicht halten.“⁹⁵

Es liegt auf der Hand, daß die Rechtslastigkeit in führenden Kreisen der Ruhrindustrie, wie sie in dieser Rede Vöglers sichtbar und in der deutschen Öffentlichkeit publik wurde, zwangsläufig das politische Mißtrauen in der Ruhrarbeiterschaft bestärkte, das Anwachsen der Kommunistischen Partei in den Ruhrgebietsstädten in den zwanziger Jahren begünstigte und auch einen Grund für die immer wieder aufflackernden Unruhen bot bis hin zu dem sogenannten „Ruhrkampf“ von 1920, als sich nach dem Kapp-Putsch bewaffnete Arbeiter und Freikorps auf den Feldern rund um die Großstädte an der Ruhr gegenüberstanden.

Im August 1919 beriet die Nationalversammlung die Errichtung eines Reichskohlerats. Als Redner standen sich Otto Hue und Heinrich Imbusch für die Bergarbeiter sowie Albert Vögler, Generaldirektor des Stinnes-Konzerns, gegenüber. Gemeinsam beschrieben sie die Lage im Kohlebergbau: Die Förderung reiche zur Versorgung aller deutscher Gebiete nicht aus, Unterernährung der Bergarbeiter, Arbeitszeitprobleme. Man stellte die zentrale Bedeutung der Kohle im wirtschaftlichen Gesamtgefüge heraus, die sie ja auch faktisch in den zwanziger Jahren noch hatte. „Der eigentliche Diktator der Wirtschaft ist die Kohle“, erklärte Vögler. Das klang allerdings drohender, als es gemeint war, denn er fügte hinzu: „Es ist auch verständlich, daß aus dieser Kohlenot heraus immer von neuem der Dreiklang ertönt: mehr fördern, mehr sparen, mehr transportieren!“⁹⁶ Die Redner achteten darauf, nicht zu überpointiert zu sprechen. So auch Hue: Es werde, so meinte er, „überall mit Wasser gekocht, ob wir nun ein monarchistisches System oder ein kommunistisch-spartakistisches oder irgendeine andere Form der Staatsgewalt bekommen... Wir dürfen nicht vergessen, daß unsere Arbeiterschaft nicht nur, sondern auch die Beamtschaft und wir alle durch diesen furchtbaren Krieg mehr oder weniger nervenkrank geworden sind. Wenn es heute möglich ist, daß einige wenige spartakistisch-kommunistische Wirtköpfe, die im Grunde genommen harmlose Seelen sind, es fertig bringen, ganze Belegschaften in tolle Situationen hineinzustürzen, so ist das einzig und allein

95 *Heilfron* Bd. 1, S. 340. – Zur Situation dieser Sitzung der Nationalversammlung am 18. 2. 1919 vgl.: Klaus *Epstein*, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, München (Ullstein TB) 1976, S. 337-341; ferner: Louis *Lochner*, Die Mächtigen und der Tyrann. Die deutsche Industrie von Hitler bis Adenauer, Darmstadt 1955, S. 72-75; Gert von *Klass*, Albert Vögler, einer der Großen des Ruhrreviers, Tübingen 1957.

96 Nationalversammlung Bd. 329, S. 2419 (15. August 1919).

durch die Geistesverwirrung zu verstehen, die die Kriegsleiden und ihre Folgen über die Menschheit gebracht haben.“⁹⁷

Kontrovers war nach wie vor die Frage der Sozialisierung, doch auch hier war man auf gegenseitige verbale Schonung bedacht. Hue wehrte ab, daß dadurch die unternehmerische Initiative gelähmt werde. Wie vor 70 Jahren die privaten Unternehmer die Macht der Fürsten und deren Eigentumsrechte gebrochen hätten, so solle jetzt durch die Beseitigung des Unternehmerprofits die Bahn für eine Gemeinwirtschaft geebnet werden.⁹⁸ Wichtiger aber war für Hue offensichtlich die Zustimmung der Unternehmer zu dem vorbereiteten Betriebsrätegesetz, das schließlich im März 1920 verabschiedet wurde. Hue empfahl, die Betriebsräte bei den anstehenden innerbetrieblichen Reformen heranzuziehen. Sie seien ein wichtiges Mittel gleichermaßen zur Schaffung des Betriebsfriedens wie zur Beseitigung der akuten Kohlenot. „Geben Sie es auf, den Betriebsräten jene Voreingenommenheit entgegenzubringen, die wir immer noch konstatieren müssen.“⁹⁹

Mit der Forderung nach Betriebsräten, deren Einrichtung sich im Gegensatz zu den 1918 spontan gebildeten revolutionären Arbeiterräten in der Weimarer Republik als dauerhaft erwies, nachdem sie einmal eingeführt waren, kamen sich auch die sozialistischen und christlichen Gewerkschaften nahe. Katholische Sozialwissenschaftler, wie etwa der Münsteraner Franz Hitze, der gleichfalls der Nationalversammlung angehörte, sahen in dem Betriebsrätegesetz die Erfüllung ihrer alten Träume einer solidarischen Gesellschaft jenseits von Kapitalismus und Sozialismus. Tatsächlich darf bei allen Spannungen, die uns heute aus der Geschichte der Weimarer Republik bekannt sind, und über ihre Krisen und ihr Scheitern hinaus, nicht verkannt werden, daß auch starke Kräfte vorhanden waren, die gangbare und dauerhafte politisch-soziale Lösungen suchten. Das Ende der Republik zwangsläufig aus einem geschichtlichen Fatalismus zu deuten, ist, wenn man sich auch nur ein wenig an die historische Empirie hält, ganz abwegig.

Vögler wandte sich in der Nationalversammlung gegen die Sozialisierung; er kritisierte, daß man es den Unternehmern verwehre, sich publizistisch gegen diese Forderung zu wenden: „Ja glauben Sie, wir würden es einfach über uns ergehen lassen, wenn große wirtschaftliche Bewegungen, die gegen unsere Überzeugung sind, geplant werden, ohne daß wir dazu Stellung nehmen? Glauben Sie wirklich, es wäre besonders anfeuernd für die Unternehmer, wenn dauernd mit der Sozialisierung gedroht wird?“¹⁰⁰ Und direkt an Hue gewandt untermalte Vögler seine Bemerkung: „Aber eine Frage möchte ich an Sie richten, Herr Kollege Hue.

97 A.a.O., S. 2476.

98 A.a.O., S. 2479.

99 A.a.O., S. 2480.

100 A.a.O., S. 2489.

Wenn Ihnen zum 1. Oktober die Wohnung gekündigt wird, fangen Sie im August noch an, die Zimmer neu zu tapezieren?“¹⁰¹

Die Beratungen über das Betriebsrätegesetz 1919/20 zogen sich monatelang hin. Diese Einrichtung ging praktisch den Weg einer Ausweitung der 1916 eingeführten Arbeiterausschüsse, allerdings bereits weit über die Funktion bloßer Beschwerdeinstanzen hinaus. Es war die erste Form der betrieblichen Mitbestimmung in wirtschaftlichen Fragen, die in Deutschland geschaffen wurde. Das Zustandekommen des Gesetzes am 4. Februar 1920 gegen anfängliche Widerstände innerhalb der Linken wie der bürgerlichen Rechten war unter anderem ein Verdienst des fast 70jährigen Franz Hitze, der einen Kompromiß zwischen den Kontrahenten vermittelt hatte. Ludwig Preller bemerkt in seiner Geschichte der Sozialpolitik in der Weimarer Republik zur Auswirkung des Betriebsrätegesetzes: „Es war damals schwerlich vorzusehen, daß dieses Gesetz im Laufe der Jahre doch endlich noch ein brauchbares Instrument der Sozialpolitik, eine Schule der Gewerkschaften für ihre erneute Beschäftigung mit betrieblichen Fragen und eine der Arbeiterschaft für die Kenntnis der Betriebswirtschaft werden würde, und daß auch die Arbeitgeber, wenigstens in den großen Betrieben, sich mit dem Gesetz nicht nur abfinden, sondern es für die betriebliche Sozialpolitik nicht ohne Erfolg in Anwendung bringen würden.“¹⁰²

Mit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages drohte neuer politischer und sozialer Konfliktstoff das wirtschaftliche Leben zu irritieren, nicht nur wegen der erheblichen Belastungen durch Reparationen, für die nicht zuletzt die Ruhrindustrie aufzukommen hatte. Politische Momente kamen hinzu. Die Reichswehr war auf 100 000 Mann begrenzt worden, das bedeutete Entlassung von Offizieren. Mißstimmungen, die in diesen Kreisen entstanden und sich mit einem seit langem bestehenden Ressentiment in den Provinzen östlich der Elbe gegen den Westen verbanden, vor allem in Ostpreußen, das zugunsten Polens verkleinert werden sollte, lösten im März 1920 den Kapp-Putsch aus. Kapp war leitender Bankangestellter in Königsberg und 1917 Gründer der annexionistischen Vaterlandspartei gewesen. Aus dieser Gruppierung, das wußte man, verliefen seit Jahren Fäden zur Schwerindustrie. So hatte Stinnes versucht, sein wenn auch nur kurzlebiges Wirtschaftsimperium bis nach Ostpreußen auszudehnen.

Die Selbsternennung Kapps am 13. März 1920 zum Reichskanzler, unterstützt von einigen Freikorps, löste die Gegenaktion des Generalstreiks aus. Als Kapp feststellen mußte, daß sich niemand von ihm regieren ließ, gab er auf. Von daher war der Vorgang vielleicht nicht so gravierend. Dennoch war seitdem das politisch-soziale Klima in Deutschland von ständigem Mißtrauen belastet. Die Arbeiterschaft hatte sich geschlossen hinter die legale Regierung gestellt, auch die größten Teile der Beamenschaft. Die deutsche Bevölkerung wollte keine politi-

101 A.a.O., S. 2489.

102 Ludwig Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1978 (1949), S. 251.

schen Abenteuer mehr. Doch es bestand der Verdacht, daß Militärs, Industrielle, Junker, so die Vorstellung, sich erneut zu einer Verschwörung zusammenfinden würden. Die politischen Fronten wurden durch den Kapp-Putsch emotionalisiert, die Frustrationen, die jedermann in den letzten Jahren erfahren hatte, verstärkten den Prozeß.

Ein Teil der Arbeiterschaft an Rhein und Ruhr radikalisierte sich, unterstützt von der USPD und der neuen KPD. Man bildete eine „Rote Armee“, um den Machenschaften der Reaktion vorzubeugen. Damit waren die vorsichtig eingeleiteten Bemühungen um eine Sicherung des sozialen Friedens an Rhein und Ruhr vorläufig gestoppt. Die Städte Mühlheim, Düsseldorf, Oberhausen, Elberfeld und Kettwig wurden von der Arbeiterarmee regelrecht besetzt. Die Regierung Bauer – der Kanzler war selbst Gewerkschaftler – sah kein anderes Mittel, als Militär zu Hilfe zu rufen. Freikorps zogen ins Ruhrgebiet, und eine bürgerkriegsähnliche Situation entstand. So kämpften 1920 münsteraner Studenten gegen die Ruhrarbeiter. Politisch-soziale Fronten zwischen der Linken und der bürgerlichen Rechten verfestigten sich wieder und lösten sich in den späteren Jahren auch nicht wieder auf. Der Ruhrkampf selbst konnte durch die geschickte Verhandlungsführung Carl Severings, des früheren Bielefelder Stadtverordneten, Reichstagsabgeordneten der SPD, selbst Gewerkschaftler, im sogenannten Bielefelder Abkommen beigelegt werden.¹⁰³

Die Rote Armee löste sich in den Aprilwochen 1920 auf, nachdem – entgegen der Bielefelder Vereinbarung – Truppen in das Ruhrgebiet gesandt worden waren. Aber die Lagermentalität zwischen der Linken und der Rechten und das Mißtrauen blieb bestehen. Die SPD, deren Führer um Vermittlung bemüht gewesen waren, verlor an Vertrauen unter der Arbeiterschaft, die radikalere USPD gewann schnell an Stimmen, die später, nach der Auflösung der USPD 1922, an die KPD fielen. Die KPD sprach vor allem die jüngeren und ungelerten Arbeiter an und war bald in allen Industriestädten an Rhein und Ruhr vertreten. Die SPD schied nach ihrer Wahlniederlage im Juni 1920 für acht Jahre (abgesehen von der kurzfristigen Großen Koalition unter Stresemann 1923) aus der Reichsregierung aus. Dagegen hielt sich in Preußen, nach wie vor durch Territorium, Bevölkerung und Wirtschaftskraft das wichtigste Land innerhalb des Reiches, die

103 In Bielefeld trafen sich Vertreter der Reichsregierung, der preußischen Regierung, Oberbürgermeister der Städte an Rhein und Ruhr, Vertreter der Parteien mit Vertretern der bewaffneten Arbeiterschaft. Man vereinbarte die Auflösung der Arbeiterarmee und Abgabe der Waffen. Als Gegenleistung wurde die Demokratisierung der Verwaltung, die Einführung eines freiheitlichen Beamtenechts, die Übernahme des Kohlesyndikats durch das Reich, „Beseitigung des Wucher- und Schiebertums in Stadt und Land“ von den politischen Vertretern zugestanden. Die Reichswehr werde bei Einhaltung der Vorschriften nicht in das Ruhrgebiet einmarschieren. Die Freikorps würden aufgelöst. (Wiedergabe des Bielefelder Abkommens, in: Carl Severing, *Mein Lebensweg* Bd. 1: Vom Schlosser zum Minister, Köln 1950, S. 263-265.) – Vgl. Kurt Koszyk, Carl Severing, in: *Westfälische Lebensbilder* Bd. 11, Münster 1975, S. 172-202; generell: George *Éliasberg*, *Der Ruhrkrieg von 1920*, Bonn-Bad Godesberg 1973.

Koalition von SPD, Zentrum und der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei, die „Weimarer Koalition“, die für politische Stabilität und eine kontinuierliche und aufbauende Entwicklung in diesem Land sorgte.

Wie in Deutschland, so war auch in Frankreich anfangs der zwanziger Jahre die bürgerliche Rechte zum Zuge gekommen. Auch dort empfand man den Drang zum Abenteuer. 1923 wurde das Ruhrgebiet von französischen und belgischen Truppen besetzt. Diese etwas brachialen Methoden sollten die Kohlelieferungen von der Ruhr nach Frankreich gewährleisten. Die Bevölkerung an Rhein und Ruhr entdeckte wieder, wie schon vor Jahrzehnten, ihre „Schicksalsgemeinschaft“. Man hielt zusammen, kämpfte, unterstützt von der Reichsregierung, in der deutschen Öffentlichkeit. Als sich zeigte, daß dieses heroische Unternehmen für alle Beteiligten unergiebig war, wurde der Kampf abgebrochen. In Frankreich kam eine Linksregierung unter Herriot zum Zuge, in Deutschland leitete Gustav Stresemann, unterstützt von den Sozialdemokraten, eine Politik der Verständigung ein. Ähnliche Ziele verfolgte 1924 die neue Labour-Regierung in England unter MacDonald. Es schien, als habe man in allen Industrieländern Europas begonnen, die gemeinsam tangierenden Probleme friedlicher zu lösen.

In den nächsten Jahren hatte man an der Ruhr relativen politischen Frieden. Die Industrie leitete ein umfangreiches Rationalisierungsprogramm ein, das zu einer Modernisierung der Stahl- und Kohleerzeugung und zu einer durchgreifenden Umstrukturierung der Schwerindustrie führte. Neue Großkonzerne entstanden. Die Bedeutung der Familienunternehmen an Rhein und Ruhr ging zurück. 1923 starb Hugo Stinnes, und sein privates Wirtschaftsimperium zerfiel sofort. Vögler organisierte jetzt die Vereinigten Stahlwerke, den größten Stahlkonzern im damaligen Europa. Der Wirtschaftsmanager trat an die Stelle des privaten Großunternehmers.¹⁰⁴ Hugenberg, bei Kriegsende leitender Angestellter von Krupp, versuchte noch einmal, auf eigene Faust im alten Stil Politik, Wirtschaft und privates Unternehmertum zu verbinden, aber dieser Wirtschaftsstil war eigentlich schon obsolet. Da Hugenberg es verstand, einen Teil der Massenpresse aufzukaufen und damit ein Mittel zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu gewinnen, konnte der deutschnationale Reichstagsabgeordnete seinen publizistischen Kampf gegen die Weimarer Republik einleiten. Seit dem Ende der 20er Jahre suchte er die Kooperation mit den damals neuaufkommenden Nationalsozialisten. Hier wurde offenkundig mit wirtschaftlicher Macht Mißbrauch getrieben. Es gab wenig Mittel, Hugenbergs Aktivitäten einzuschränken und der Ausnützung des wirtschaftlichen Vermögens zur Verhetzung politisch Andersdenkender entgegenzuwirken.

Gesellschaft und Bevölkerung im Ruhrgebiet traten in den zwanziger Jahren

104 Jürgen Kocka, Großunternehmen und der Aufstieg des Manager Kapitalismus im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert. Deutschland im internationalen Vergleich, in: Historische Zeitschrift 232 (1981), S. 39-60. Der systematisch angelegte Beitrag klammert allerdings die politischen Probleme aus.

von der zweiten in die dritte Generation. Die Bevölkerungsexplosion früherer Jahrzehnte war gestoppt. Man begann sich in den Großstädten an Rhein und Ruhr einzurichten. Die Ansprüche an den Lebensstandard und die Wohnbedürfnisse nahmen zu. Die Infrastruktur besserte sich. Die Städte an Rhein und Ruhr kauften umliegende Rittergüter auf. 1929 schuf die Gebietsreform durch Eingemeindungen großzügigere Zuschnitte der Städte. Man begann, Volkshochschulen einzurichten, der allgemeine Bildungsstand wuchs. Zunehmend gingen Frauen als Angestellte in die Büros der städtischen Verwaltungen und der großen Unternehmen. Neue Jugendprobleme tauchten auf. Die industriellen und städtischen Investitionen wurden zum Teil mit ausländischen Krediten finanziert. Der große englische Bergarbeiterstreik von 1926 kam indirekt dem Ruhrbergbau zugute. Die alten Probleme liefen aus, dafür kamen neue.

Mit dem Beginn der Wirtschaftskrise von 1929, die auch das Ruhrgebiet wegen seiner internationalen wirtschaftlichen Verbindungen traf, nahmen die Krisensituation und die sozialen Spannungen wieder zu. Als Indiz mag dienen, daß in manchen Ruhrgebietsstädten die inzwischen stalinisierte KPD die stärkste Partei wurde. Sie erreichte bei den Reichstagswahlen im Juli 1931 in Dortmund 27,9% vor der SPD mit 23,7%, der NSDAP mit 19,6% und dem Zentrum mit 18,6% der Stimmen. In Herne erzielte die KPD bei dieser Wahl 31,6%, in Castrop-Rauxel 29,1% und in Wanne-Eickel 32%.¹⁰⁵ Ebenso sprunghaft waren die NSDAP-Stimmen angewachsen. Bis dahin waren das Zentrum, mitgetragen von den christlichen Gewerkschaften, und die SPD die stärksten Parteien an der Ruhr gewesen. Eine sozial verängstigte Wählerschaft war auf radikale Parolen ansprechbar geworden, gleichermaßen von Rechts wie von Links. Der politischen Mitte fehlte es an Überzeugungs- und Durchsetzungskraft.

Andererseits neigten die führenden Industriemanager im Zweifelsfall mehr nach rechts, sicherlich nicht nach links. Alfred Hugenberg hatte die sogenannte Harzburger Front unterstützt. Albert Vögler, der Chef der Vereinigten Stahlwerke, ließ sich nach 1933 auf der nationalsozialistischen Liste in den Reichstagswahlen wählen und war bereit, mit der NS-Regierung zu kooperieren. Bereits 1924 war die Arbeitsgemeinschaft von 1918 wieder aufgelöst worden, da niemand mehr hinter ihr stand. Ohne auf die Details der neueren Forschungen und Diskussionen über die Mitwirkung der Industrie an dem Aufstieg der Nationalsozialisten einzugehen, kann man pauschal festhalten: bekämpft hat sie die NS-Bewegung nicht.

In den zwanziger Jahren war an der Ruhr ein neues soziales Problem aufgetaucht, das seit dem Ende des 19. Jahrhunderts fast unbekannt gewesen war, die Arbeitslosigkeit. Die Kohle stand in den 20er Jahren nicht mehr so sehr im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Lebens wie vor 1914. Andere Industrien expan-

¹⁰⁵ S. Bahne, Die KPD im Ruhrgebiet in der Weimarer Republik, in: *Reulecke*, Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, S. 350.

dierten, die Lohn- und Preispolitik war komplizierter geworden. Zechenstilllegungen begannen. Diese Strukturkrise wurde seit 1929 durch die große Wirtschaftskrise noch gesteigert. Der Reichsarbeitsminister Heinrich Brauns, ein katholischer Geistlicher, hatte von 1920 bis 1928 erfolgreich zwischen den Parteien bei Fragen der Arbeitszeit und der Lohnpolitik vermittelt. Er hatte das Arbeitslosengesetz von 1927 im Reichstag durchgebracht.

Aber an der Frage der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung, zwischen Gewerkschaften und Unternehmern hart umstritten, scheiterte schließlich die große Koalition 1930, die letzte parlamentarische Regierung der Weimarer Republik. Es gelang nicht mehr, die Gegensätze zwischen den Vertretungen von Kapital und Arbeit zu kanalisieren und Kompromißformeln zu finden. Die Unversöhnlichkeit und der Starrsinn beider Wirtschaftsparteien rüttelte an der staatlichen Autorität und war an dem Fall der Weimarer Republik keineswegs unschuldig.¹⁰⁶

1933-1945: Nationalsozialismus

Die nationalsozialistische Regierung löste die Probleme von Kapital und Arbeit durch einen Gewaltstreich von oben. Die Gewerkschaften wurden im Mai 1933 aufgelöst und die Vertretung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der „Deutschen Arbeitsfront“ zwangsweise zusammengeschlossen. Vergeblich hatte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund unter Theodor Leipart einige Wochen zuvor versucht, sich der neuen Entwicklung anzupassen, indem er sich in einer Erklärung von der Sozialdemokratie distanzierte. Die Gewerkschaftshäuser wurden von SS- und SA-Mannschaften erstürmt und geschlossen. Eine der größten gesellschaftlichen Organisationen des Reichs hatte nahezu kampflos aufgegeben. In den Betrieben wurde das Führerprinzip eingeführt. Nachdem die Tarifautonomie aufgehoben war, übernahmen staatliche „Treuhänder der Arbeit“ das Schlichtungswesen und damit die Ausgestaltung der Löhne. Tatsächlich ging die Arbeitslosigkeit allmählich wieder zurück. Aber Löhne und Preise wurden eingefroren, und seit 1936 wurde die Wirtschaft auf die Rüstungsvorbereitung abgestellt. Mit der Ideologie der Volksgemeinschaft sollten die bestehenden sozialen Spannungen abgedeckt werden. Einige Gruppen von Gewerkschaftlern,

¹⁰⁶ Aus der Untersuchung von Helga Timm (1952) und dem seit 1970 vorliegenden Protokoll der Kabinettsitzungen am 27. März 1930 geht ziemlich eindeutig hervor, daß die Kabinettsmitglieder der unternehmernahen DVP nicht über einen Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von 3,5%, die Kabinettsmitglieder der gewerkschaftsnahen SPD nicht unter 4% gehen wollten. Beide Seiten versuchten, abhängig von ihren Fraktionen, sich gegenseitig den „Schwarzen Peter“ zuzuschieben. Da man nicht willens war, eine Einigungsformel zu finden, ergriff das Kabinett die Flucht in die Demission. – (Vgl. H. Timm, *Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der großen Koalition 1930*, Düsseldorf 1952, S. 179-187; M. Vogt (Hg.), *Das Kabinett Müller II*, Bd. 2, Boppard/Rh. 1970, S. 1495-1610 (dokumentiert die Kabinettsvorlagen zum Reichshaushalt 1930, die Kabinettsitzungen und Besprechungen der Parteivorsitzenden, die dem Bruch der Koalition im Februar und März 1930 vorausgingen).

vor allem kommunistische, organisierten Widerstand in den Betrieben.¹⁰⁷ Aber es gelang der Gestapo bis 1936, diese Widerstandsgruppen auszuschalten. Politisch entmachtet wurde die Arbeiterschaft in den Krieg geführt. Zu Kriegsbeginn 1939 gab es an der Ruhr keinen nennenswerten organisierten Widerstand gegen das NS-System mehr.

Es sei nicht einfach, meint Gordon A. Craig, ein objektives Fazit zu ziehen, „was die deutschen Arbeiter als Klasse unter der Herrschaft des Nationalsozialismus gewannen oder verloren, oder ein realistisches und verallgemeinerbares Urteil über ihre politische und psychische Einstellung zum Hitlerregime zu geben“.¹⁰⁸ Zunächst einmal habe die Gleichschaltung der deutschen Arbeiterschaft alle jener sozialen Rechte beraubt, die sich ihre Organisationen in zähem und aufopferungsvollem Kampf über Jahrzehnte erworben hatten: das politische Wahlrecht, das gewerkschaftliche Organisationsrecht, die Tarifautonomie. Diese kollektiven Rechte wurden noch im Jahre 1933 beseitigt, dazu die persönlichen Rechte der freien Wahl des Berufs und des Arbeitsplatzes. Die psychische Reaktion auf diese Verluste mochten, so Craig, je nach Generation, unterschiedlich sein: „Für die ältere Generation war dies ein Verlust an Freiheit, der nicht leicht zu verschmerzen war; für jüngere Arbeiter, die nie einer Gewerkschaft angehört oder einer anderen Partei als der NSDAP ihre Stimme gegeben hatten, wogen diese Einbußen psychologisch lange nicht so schwer.“¹⁰⁹

Teilweise wurden diese Verluste durch eine sozialpsychologisch geschickte Wirtschaftspolitik überspielt: durch Förderung und Befriedigung des Konsumanreizes. Wenige mußten darben, und selbst in den Kriegsjahren 1939 bis 1945 wurde eine minimale Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln, mit Kleidung und ähnlichem sichergestellt. Daß zur gleichen Zeit die Hochschulen und Schulen kurzgehalten wurden, das kulturelle Leben erstarb, die Professoren vor leeren Hörsälen sprachen und die gleichgeschalteten Tageszeitungen ein monotones und niederdrückendes Braun in Braun malten, mochte

107 Detlev Peukert, *Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945*, Wuppertal 1980.

108 Gordon A. Craig, *Deutsche Geschichte 1866-1945. Vom Norddeutschen Bund bis zum Ende des Dritten Reiches*, München 1980, S. 545.

109 A.a.O. – Zur Forschung und Diskussion des Komplexes „Arbeiterschaft, Sozialpolitik, Nationalsozialismus“ vgl. die folgenden Beiträge: Timothy W. Mason: *Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft*, Opladen 1977; K. Teppe, *Zur Sozialpolitik des Dritten Reiches am Beispiel der Sozialversicherung* in: *Archiv f. Sozialgeschichte* 17 (1977), S. 195-250; H. A. Winkler: *Vom Mythos der Volksgemeinschaft*, in: *Archiv f. Sozialgeschichte* 17 (1977), S. 484-490; W. Ribhegge, *August Winnig 1878-1956. Eine historische Persönlichkeitsanalyse*, Bonn-Bad Godesberg 1973; G. May: *Die Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen. Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Nationalsozialismus*, in: *Vjh. f. Ztg.* 31 (1983), S. 573-613; K. Wisotzky, *Der Ruhrbergbau im Dritten Reich. Studien zur Sozialpolitik im Ruhrbergbau und zum sozialen Verhalten der Bergleute in den Jahren 1933-1939*, Düsseldorf 1983; W. F. Werner, „Bleib übrig!“ – *Deutsche Arbeiter in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft*, Düsseldorf 1983; David Schoenbaum, *Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reichs*, Köln 1968 (dtv-TB 1980).

dabei – von einem rein materiellen Gesichtspunkt – nicht so sehr zu Buche schlagen, zumal da die Gewöhnung als wirksamer sozialpsychologischer Faktor nicht unterschätzt werden darf. Zudem konnte die vor dem Krieg 1937 begonnene Massenproduktion des kleinen Pkw, dessen Bezeichnung „Volkswagen“ der der „Volksgemeinschaft“ irgendwie ähnelte, durchaus konsumtive Hoffnungsschimmer erzeugen, die von manchem potentiellen Käufer höher veranschlagt wurden als soziale Rechte und Freiheiten.

Nach 1945

1945, nach Kriegsende, ging es an Rhein und Ruhr zunächst um die Erhaltung der industriellen Anlagen, soweit sie überhaupt noch vorhanden waren. Anfangs hatten die Alliierten, noch unter dem Einfluß des Morgenthau-Plans, eine Demontage weiterer Industrieanlagen angestrebt. Gegen solche Pläne erhob sich aber bald Widerstand. Die Unternehmer waren vorerst in einer schwachen Position. Die Industriellen Gustav Krupp von Bohlen und Halbach und Friedrich Flick wurden in Nürnberg als Kriegsverbrecher angeklagt. Heftiger Widerstand gegen die Demontage kam aus der Arbeiterschaft, die sich wieder in Gewerkschaften organisiert hatte. Vorsichtig meldete sich auch die – noch unter alliierter Lizenz stehende – Presse zu Wort. In die Reihe der Persönlichkeiten, die in der Öffentlichkeit Protest gegen die Demontage erhoben, reihten sich Münsters Kardinal von Galen und der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher ein.

Den Vorsitz in den wiedergegründeten Gewerkschaften übernahmen überall die früheren Gewerkschaftler aus der Weimarer Republik. Sie brachten von daher ein Moment der Kontinuität und Stabilisierung in das wirtschaftliche Leben in Westdeutschland ein. Der eigenen Gewerkschaftstradition, den Richtungsgewerkschaften, sozialistischen, christlichen, liberalen, stand diese Generation von Gewerkschaftsführern, durch Erfahrung geprägt, jetzt skeptisch gegenüber. So drängte man zur sogenannten Einheitsgewerkschaft, in der die jeweiligen Richtungen zwar nach wie vor vorhanden, aber von untergeordneter Bedeutung waren. Der führende Gewerkschaftler dieser Nachkriegsjahre war Hans Böckler. Er war 1945 70 Jahre alt geworden, gehörte seit 1894 dem Metallarbeiterverband an, war seit 1903 Gewerkschaftssekretär im Saarland, in Frankfurt a.M., in Schlesien und im Siegerland gewesen, hatte als Soldat am ersten Weltkrieg teilgenommen, 1920 die Kölner Verwaltungsstelle seines Metallarbeiterverbandes geleitet und seit 1928 als Bezirkssekretär des ADGB, des Dachverbands der sozialistischen Gewerkschaften, im Rheinland gearbeitet. Seit 1924 gehörte er für die SPD der Kölner Stadtverordnetenversammlung an, seit 1928 dem Reichstag. Adenauer und Böckler kannten sich seit langem aus ihrer gemeinsamen politischen Tätigkeit in Köln. 1933-1945 hatte Böckler unter der ständigen Bedrohung durch Verfolgung und Verhaftung gestanden.

Hans Böckler wirkte innerhalb der verschiedenen Richtungen und Verbände

der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung integrierend und war als Persönlichkeit nicht nur in den eigenen Reihen, sondern auch bei den Militärbehörden und den neuentstandenen Parteien geschätzt. Die Gewerkschaften zählten jetzt neben den Kirchen, Verwaltung, Universitäten, Unternehmern, Rundfunk und Presse und den Parteien zu den tragenden Säulen des öffentlichen Lebens in der pluralistischen Gesellschaft Westdeutschlands. In den politischen Aussagen hielten sie sich zurück, eine Haltung, die ihre Position eher stärkte als minderte.

In einem Punkt waren die Gewerkschaften, geprägt durch ihre geschichtliche Erfahrung, unnachgiebig geworden, in der Frage ihrer Funktion im gesamten Wirtschaftsprozeß und in der Frage der Kontrolle der wirtschaftlichen Macht. Die Zeit war für sie in diesen Nachkriegsjahren günstig. Nicht nur in sozialistischen Gruppen in Deutschland, sondern auch auf Seiten der Alliierten war man sich grundsätzlich einig, daß die konzentrierte wirtschaftliche Macht an Rhein und Ruhr, zumal im Sektor Kohle und Stahl, einer Kontrolle unterworfen werden sollte. Die britische Labour-Regierung führte 1947 in der britischen Zone, die das Gebiet von Rhein und Ruhr erfaßte, in Großbetrieben die paritätische Mitbestimmung der Gewerkschaften ein. Außenminister im britischen Kabinett war der langjährige Vorsitzende der britischen Transportarbeitergewerkschaft Ernest Bevin.¹¹⁰ Einmal realisiert, wurde die Mitbestimmung zu einer grundsätzlichen Forderung der Gewerkschaften. Das Ahlener Programm der CDU von 1947 enthielt die Forderung nach Vergesellschaftung der Bergwerke, die bereits 1919 in der Nationalversammlung von Otto Hue erhoben worden war, sowie nach der Mitbestimmung der Arbeiter in der Wirtschaft. Auch der Bochumer Katholikentag von 1949 machte sich die Forderung nach Mitbestimmung zu eigen. Hier wirkte die Tradition der christlichen Gewerkschaftsbewegung und des sozialen Katholizismus nach.¹¹¹ Die Politiker aller demokratischen Parteien waren sich unausgesprochen darin einig, daß die Politik nicht wieder ein Spielball der Wirtschaft werden dürfe und daß der politische Spielraum der Wirtschaft einzuschränken sei. Es bestand überhaupt in allen wesentlichen Fragen bei den führenden Verantwortlichen in Westdeutschland weitgehend Übereinstimmung, eine Tatsache, die für manche Historiker durch den schroffen Ton der damals gepflegten öffentlichen Umgangssprache leicht verdeckt wird. Mit der Gründung der Bundesrepublik organisierten sich Ende 1949 auch die Wirtschaftsverbände auf Bundesebene, der Bund der Deutschen Industrie (BDI) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB).

110 Die britische Labour-Regierung ging aber – ebenso wie die westdeutschen Gewerkschaften – auf entschiedene Distanz zu der kommunistischen Entwicklung in Osteuropa und im östlichen Deutschland: Kenneth Harris, Attlee, London 1982, besonders das Kapitel „Cold Warrior 1945 – 9“, S. 292–316.

111 Erich Kosthorst, Jakob Kaiser. Der Arbeiterführer, Stuttgart u. a. 1967, S. 140ff.

Das Mitbestimmungsgesetz von 1951

Auf dem Münchner Gründungskongreß des DGB berief sich Böckler ausdrücklich auf die Mitbestimmungsresolution des Bochumer Katholikentags vom gleichen Jahr. Am 18. Januar 1947 hatte der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Klöckner AG und frühere Duisburger Oberbürgermeister Jarres den Gewerkschaften zu verstehen gegeben, daß man zu einer dauerhaften Festlegung der verantwortlichen Mitbestimmung der Gewerkschaften in den Großunternehmen seitens der Industrie grundsätzlich bereit sei. Verschiedene Aufsichtsräte, so der des Hörder Vereins in Dortmund, der Eisen- und Hüttenwerke Bochum und der Gutehoffnungshütte in Oberhausen waren gleich nach ihrer Entflechtung aus den Konzernen paritätisch mit Unternehmern und Gewerkschaftlern besetzt worden.¹¹²

Inhalt und Form dieser wirtschaftlichen Mitbestimmung allerdings waren neu. Es hatte wohl in den bereits erwähnten ersten Arbeiterausschüssen und später in dem Betriebsrätegesetz von 1920 gewisse Vorläufer gegeben, die neue Mitbestimmung ging jedoch erheblich weiter. Am 14. Oktober 1949 legte Carlo Schmid auf dem Gründungskongreß des DGB seine Konzeption vor, wonach die Mitbestimmung eine neue Form der demokratischen Mitwirkung der Arbeiterschaft in einer modernen Industriegesellschaft darstellte.¹¹³ Diese Vorstellung, die sich von den tagespolitischen Kämpfen abhob, fand in den späteren Jahren zunehmend Anhänger. Bei der aktuellen Einführung der Mitbestimmung in den ersten Nachkriegsjahren stand allerdings noch das Mißtrauen gegenüber den Unternehmensführungen auf dem Hintergrund der Geschichte der Jahre 1933-1945 im Vordergrund. Die Mitbestimmungsfrage wurde bald nach 1949 zum Politikum.

In seiner ersten Regierungserklärung am 20. September 1949 sprach sich der neugewählte Bundeskanzler Konrad Adenauer für die öffentliche Anerkennung der Arbeitnehmerschaft und die Neuordnung der Besitzverhältnisse in der Grundstoffindustrie aus.¹¹⁴ Hier wurde bereits deutlich, wie sich die Gewichte in der deutschen Politik verschoben hatten. Bereits im Zusammenhang mit dem Petersberger Abkommen vom 22. November 1949, das einen Demontagestop an der Ruhr und den Beitritt der BRD zu dem internationalen Ruhrstatut vorsah, kam es zu einer Zusammenarbeit zwischen der neuen Bundesregierung und dem soeben gegründeten DGB, wobei es Adenauer mit der ihm eigenen Schläue verstanden hatte, die oppositionelle SPD unter ihrem etwas unkonzilienten Vorsitzenden Kurt Schumacher zu übergehen. Voller Zorn ließ sich Schumacher in der Aussprache des Bundestages am Abend des 24. November, nachdem Adenauer auch noch aus einem dem SPD-Vorsitzenden unbekanntem Brief

112 Vgl. B. Otto, Der Kampf um die Mitbestimmung, in: Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler, hrsg. v. Heinz Oskar Vetter, Köln 1975, S. 399-429.

113 Carlo Schmid, Erinnerungen, Bern-München-Wien 1979, S. 479.

114 Otto, Kampf um die Mitbestimmung, S. 421.

Böcklers an den Kanzler zitiert hatte, zu dem bekannten Wort hinreißen: „Kanzler der Alliierten“.

Die Beratungen über die gesetzliche Einführung der Mitbestimmung begannen Ende 1950. Es kam schnell zum Eklat. Die Gewerkschaften fürchteten, als die ersten Entwürfe vorlagen, daß die in einigen Großbetrieben der Eisen- und Stahlindustrie bereits eingeführte Mitbestimmung wieder rückgängig gemacht werden sollte. Am 29./30. November 1950 beschlossen die Hüttenarbeiter und Angestellten in einer Urabstimmung Streikmaßnahmen zur Durchsetzung der Mitbestimmung. Zwei Monate später schlossen sich die Bergarbeiter – im Bergbau selbst gab es bis dahin noch keine Form der Mitbestimmung – am 17. und 19. Januar 1951 gleichfalls in einer Urabstimmung der Streikdrohung an. Am 12. Januar 1951 hatte der Bundesausschuß des DGB finanzielle Mittel für einen politischen Streik um die Mitbestimmung bewilligt.

Im Dezember 1950 kam es zu einem Briefwechsel zwischen Böckler und Adenauer. Der Kanzler hatte zunächst versucht, die Bundesregierung aus diesen Fragen herauszuhalten. Doch argumentierte Böckler immer eindringlicher, verwies auf den Streikbeschluß und erinnerte Adenauer daran, daß eine politische Lösung unumgänglich sei und nicht hinausgeschoben werden könne. Böckler erwähnte in seinem Schreiben vom 29. Dezember 1950 die jüngste Situation in Korea und erinnerte an ihre gemeinsame Beurteilung der außenpolitischen Lage aus früheren Gesprächen. Das war ein deutlicher Wink. Adenauers Vorstellung zur militärischen Aufrüstung der Bundesrepublik war inzwischen bekannt. Ohne die Mitwirkung der Gewerkschaften wäre dies nicht durchführbar gewesen. Jetzt lenkte Adenauer ein und ergriff von sich aus die Initiative.¹¹⁵

Am 1. Februar 1951 sollten 230 000 Stahlarbeiter und 600 000 Bergarbeiter in den Ausstand treten. Eine schwere Belastungsprobe stand für die junge Bundesrepublik in Aussicht. Die öffentliche Meinung sympathisierte bis dahin überwiegend mit den Gewerkschaften.

Am 11. Januar 1951 kamen Adenauer und Böckler zu einer persönlichen Aussprache in Bonn zusammen. Nach diesem Gespräch zeichnete sich eine Wende ab. Böckler berichtete dem Bundesausschuß des DGB am folgenden

115 Vgl. Theo Pirker, *Die blinde Macht*, München 1960, S. 195. – Das Schreiben Böcklers an Adenauer vom 11. 12. 1950 enthielt zudem eine grundsätzliche Begründung der Mitbestimmungsforderung: „Die deutschen Gewerkschaften sind zudem der Ansicht, daß die allgemeine politische Entwicklung in der Welt mit aller Deutlichkeit zeigt, daß nur durch eine lebendige soziale Ordnung der Vermassung und dem Totalitarismus Einhalt geboten werden kann. Sie sind weiterhin der Meinung, daß es für die Demokratie in Deutschland lebenswichtig ist, daß sie nicht nur auf den politischen Bereich beschränkt bleibt, sondern ihre sinngemäße Ergänzung auch durch die Einführung demokratischer Grundsätze in der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung erhält. Den Beweis für ihre Auffassung sehen die deutschen Gewerkschaften in der Tatsache des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht zu politischen Zwecken in der Vergangenheit und in der traurigen Folgeerscheinung dieses Mißbrauchs, nämlich Krieg und Zerstörung.“ (Abdruck des Schreibens bei: Pirker, S. 189-191)

Tag, dem 12. Januar, er habe Adenauer klar gemacht, daß ein Kompromiß seitens der Gewerkschaften in der Mitbestimmungsfrage nicht mehr möglich sei.¹¹⁶

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Arnold, der gleichfalls an der Bundesausschußsitzung des DGB teilnahm – er war christlicher Gewerkschaftler –, versprach, auf einen für die Gewerkschaften positiven Ausgang bei den bevorstehenden Verhandlungen hinzuwirken. Adenauer selbst sprach sich auf dem CDU-Landesparteitag am 12. Januar für das Mitbestimmungsrecht aus und bekannte sich zu dem Ahlener Programm der CDU. Am 17. Januar verhandelte Adenauer mit den Unternehmern und am nächsten Tag, dem 18. Januar, mit Vertretern des DGB-Bundesvorstands, der IG Metall und der IG Bergbau. Er selbst wie die Bundesregierung, erklärte Adenauer den Gewerkschaftsvertretern, seien für die paritätische Mitbestimmung.¹¹⁷

Am 19. Januar kamen beide Wirtschaftsgruppen, Unternehmer und Gewerkschaftler, zu einer Aussprache, die Adenauer leitete, zusammen. Hier kam eine grundsätzliche Verständigung über die Einführung der Mitbestimmung zustande. Umstritten blieb nur noch der sogenannte 11. Mann im Aufsichtsrat, der sich aus jeweils 5 Arbeitgeber- und 5 Arbeitnehmervertretern zusammensetzen sollte. Als in den nächsten Tagen neue Bedenken bei den Unternehmern auftauchten, kam in einer erneuten Besprechung am 25. eine Vereinbarung zustande, die als „Richtlinien zur Mitbestimmung im Bergbau und in der eisenschaffenden Industrie“ schriftlich fixiert wurde und der Bundesregierung als Grundlage für die Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs dienen sollte.¹¹⁸ Adenauer selbst sicherte zu, daß so verfahren werde.

Es schien, daß in dem politischen Nebel Bonns Probleme lösbar wurden, die man bis dahin für unlösbar gehalten hatte. Der Bundesausschuß des DGB stimmte dem Verhandlungsergebnis am 29. Januar einstimmig zu und beschloß die Aussetzung des angekündigten Streiks an der Ruhr.

Am 30. Januar sprach Hans Böckler, bereits schwer erkrankt – er starb am 16. Februar in Köln-Lindenthal –, vor der Generalversammlung der IG Bergbau. Er führte aus:

„Was hier vorliegt und was wir bislang geschaffen haben, ist nicht die volle Erfüllung der Wünsche der Arbeiterschaft. Und es sollte mir leid tun, wenn sie sich mit dem begnügen wollte. Aber ein Anfang ist gemacht. Wenn ihr wollt, dann dürft ihr sogar sagen, ein recht guter Anfang ist gemacht, da in

116 Protokoll der 5. Sitzung des Bundesausschusses des DGB am 2. 11. 1951, zit. nach: Eberhard Schmitt, Die verhinderte Neuordnung 1945-1952, Frankfurt 1972, S. 186.

117 Protokoll über die Besprechungen zwischen Bundeskanzler Dr. Adenauer und der Delegation des Bundesvorstands des DGB über die Regelung der Mitbestimmung am 18. 1. 1951, S. 5 (DGB-Archiv). Zit. nach Schmitt, S. 186.

118 Otto, Kampf um die Mitbestimmung, S. 424; Schmitt, S. 187; Pirker, S. 198.

den beiden Wirtschaftsgruppen, die von je bei der deutschen Arbeitnehmerschaft ihren besonderen Ruf hatten [– gemeint waren Kohle und Stahl –], die erste Bresche geschlagen wurde.“¹¹⁹

In seiner Darstellung der Geschichte der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung charakterisiert Theo Pirker die Persönlichkeit Böcklers: „Hans Böckler war vom Machiavellisten vom Schlage Adenauers wie vom Volkstribun vom Schlage Schumachers gleich weit entfernt. Wenn er auch im innergewerkschaftlichen Kampf nicht ohne Schlaueit und Härte war: es fehlte ihm die Verachtung des Menschen wie der Ideen, um ihn zum Machiavellisten werden zu lassen. Es fehlte ihm aber auch die an Fanatismus grenzende Überzeugung und die zündende Rede, um zu einem Tribun im Stile Schumachers zu werden. Seine Autorität, von der er ganz erfüllt war, gründete sich auf die Unerschütterlichkeit seiner Ansichten und die Unmittelbarkeit, mit der er diese Ansichten vertrat.“¹²⁰

Doch die letzte Hürde zur Beendigung des fast hundertjährigen sozialen Machtkampfes in der Schwerindustrie an Rhein und Ruhr war noch nicht genommen. Der Bundestag mußte das Gesetz beraten und beschließen.

Die grundsätzliche Bereitschaft der Unternehmer, einer Mitbestimmung zuzustimmen, überrascht zunächst. Es gab ideelle Gründe: Der Wiederaufbau der Industrie nach 1945 hatte ein gemeinsames Verantwortungsbewußtsein wach werden lassen. Tatsächlich hätte sich ohne die Proteste der Gewerkschaften die Demontage kaum stoppen lassen. Es gab politische Gründe: Die Ruhr war wieder ein Politikum geworden, wie bereits nach dem ersten Weltkrieg. Man war, nicht zuletzt in Frankreich, daran interessiert, die Ruhr zu kontrollieren,¹²¹ de Gaulle hatte 1945 in einer Rundfunkrede vorgeschlagen, die Ruhr aus dem politischen Verband Deutschlands generell zu lösen. In dieser Situation war es naheliegend,

119 Otto, Kampf um die Mitbestimmung, S. 424.

120 Theo Pirker, Die blinde Macht, S. 203. – Die Vorstellung Böcklers über den gewerkschaftlichen Kampf charakterisiert Pirker folgendermaßen: „Nicht die Erfolglosigkeit ist es, die es dem Historiker nicht erlaubt, ihn als großen Politiker zu bezeichnen; es ist der in ihm liegende Widerspruch zwischen radikalem, ja sogar revolutionärem Programm, das ihn bewegte, und den traditionellen Mitteln, die er einzusetzen gewillt war. Seiner tiefen Abneigung gegen radikale Aktionen kann nur noch seine tiefe Abneigung gegen alle autoritären Bestrebungen an die Seite gestellt werden. Der Begriff ‚Generalstreik‘ war ihm zutiefst verhaßt und er trat damit in die Spuren seiner Vorgänger Karl Legien und Theodor Leipart. Er konnte sich nur die Anwendung des Generalstreiks im äußersten Fall, zur Abwehr- und Bedrohung der Demokratie, vorstellen. So sehr er den Generalstreik auch ablehnte, so selbstverständlich war ihm der politische Streik als letztes gewerkschaftliches Kampfmittel. (Pirker, S. 204) – Vgl. die Bemerkungen von Paul Noack („Die deutsche Nachkriegszeit“, München 1966, S. 107) über Hans Böckler: „Gegen Ende seines Lebens war es der Kampf für die Mitbestimmung in den Kohle- und Stahlwerken, der ihn aufzehrte. Nicht zuletzt seiner Autorität war es zu verdanken, daß diese Kraftprobe nicht zu einer Katastrophe für den neugebildeten Staat wurde.“

121 So bemerkt R. Poidevin, „Frankreich und die Ruhrfrage 1945-1951“, in: HZ 228 (1979), S. 317: „Seit 1945 ist es klar, daß die Ruhrfrage den ersten Rang innerhalb der französischen Bemühungen um die Lösung des Problems Deutschland einnimmt. Bereits im Februar 1945 trägt de Gaulle das Konzept eines Ruhrbeckens vor, das von einem eventuellen zukünftigen deutschen Staat – oder von deutschen Staaten – losgelöst ist.“ (Rundfunkrede de Gaulles vom 5. 2. 1945)

daß die feindlichen Brüder an der Ruhr zusammenarbeiteten. Es entsprach der Not der Stunde.¹²²

Am 14. Februar 1951 begann die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die „Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Unternehmen des Bergbaus sowie der Eisen- und Stahlindustrie“ im Bundestag. Die zweite Lesung fand am 4. April und die dritte Lesung mit der Schlußabstimmung am 10. April 1951 statt. Zur ersten Lesung sprachen Adenauer und der Arbeitsminister Storch und Abgeordnete der SPD, CDU, FDP, DP, BP, des Zentrums, inzwischen eine kleine Partei geworden, des BHE, der SRP, der KPD und der DRP. Ein Parteienverbot gab es damals in der BRD noch nicht.

Adenauer leitete seine Ausführungen zunächst mit einer geharnischten Kritik an der vorhergegangenen Streikandrohung der Gewerkschaften ein: „Ich halte es für unmöglich, daß in einem demokratischen Staat irgendwelche derartige Beeinflussung des Parlamentes stattfinden dürfe.“¹²³ Er lenkte aber dann ein, nannte den Gesetzentwurf „einen großen Fortschritt auf dem Wege zur sozialen Befriedigung“, riet beiden Seiten, Unternehmern wie den Vertretern der Arbeiterschaft, sich in Zukunft in den Aufsichtsräten nicht nur mit Mißtrauen zu begegnen.¹²⁴ Die bisherigen Erfahrungen mit der Mitbestimmung seit vier Jahren hätten gezeigt, daß sie sich bewährt habe. Schließlich lobte er die Gewerkschaften. Der DGB wie die Arbeitnehmer hätten „in den schweren Jahren seit 1945 ein außerordentlich großes Verständnis für das gezeigt . . . was dem gesamten deutschen Volke not tut“.¹²⁵ Adenauer belegte diese Wertung an Beispielen: „Ich habe mit sehr vielen Arbeitnehmern aus Anlaß der Demontagen verhandelt. Ich möchte in dieser Stunde sagen, daß ich bei den vielen, vielen Verhandlungen, die ich mit vielen, vielen Arbeitnehmern gehabt habe, eine solche Anhänglichkeit, um nicht zu sagen, Liebe zu den Unternehmen, denen sie ihre Arbeitskraft gewidmet haben, gefunden habe, daß mir auch diese Anhänglichkeit an die Unternehmen, die zutage trat, das Vertrauen gibt, daß die Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten auch in der Zukunft in erster Linie das Interesse des Unternehmens zu wahren suchen werden, dem zu dienen sie verpflichtet sind.“¹²⁶

Der Gesetzentwurf sah in den Betrieben der Montanindustrie mit über 1000 Beschäftigten oder einem Nenn-Kapital von über einer Million DM paritätisch

122 Unter dem Eindruck der Entflechtungsmaßnahmen der Stahlkonzerne hatten 1947 mehrere Aufsichtsräte, darunter die Gutehoffnungshütte Oberhausen (Reusch), die Klöckner Werke (Jarres) und Otto Wolff, Köln (Hehemann) von sich aus die paritätische Mitbestimmung und die kapitalmäßige Beteiligung der Gewerkschaften an ihren Betrieben angeboten. (Schreiben vom 21. 1. 1947 an den Leiter des Verwaltungsamtes für Wirtschaft in Minden der Bizone und vom 18. 1. [Jarres] an die Gewerkschaftszentrale in Köln. Abdruck in: *Pirker*, Die blinde Macht, S. 160-163).

123 Bundestag Bd. 6 (14. 2. 1951), S. 4431.

124 A.a.O., S. 4432.

125 Bundestag Bd. 6, S. 4432.

126 Bundestag Bd. 6, S. 4432.

besetzte Aufsichtsräte und ein von der Arbeitnehmerseite benanntes drittes Mitglied im Vorstand des Unternehmens, den sogenannten Arbeitsdirektor, vor. Der Unternehmensvorstand wurde vom Aufsichtsrat gewählt, also nicht von den Eignern.

In den Debattenbeiträgen im Bundestag wurde noch einmal die Erregung der letzten Monate, ja Jahre deutlich. So sagte der SPD-Sprecher und Vorsitzende der IG Bergbau, Imig: „Ich will auch nicht untersuchen, ob nicht mindestens der letzte Krieg hätte verhütet werden können, wenn das Problem, das heute zu Debatte steht, nach 1918 verwirklicht (d.h. gelöst) worden wäre. Die Arbeiter haben noch nicht vergessen, daß mit den Werten, die sie erarbeitet haben, Banden großgezogen worden sind, von denen sie nachher in den KZs gefoltert und ermordet worden sind. Wenn heute die Gewerkschaften das Mitbestimmungsrecht fordern, dann nicht am wenigsten aus dem Grunde, um eine Wiederholung ähnlicher Dinge zu verhüten.“¹²⁷ SPD und CDU/CSU stimmten grundsätzlich der Mitbestimmungsregelung zu, beide Fraktionen hatten schon vorher im Bundestag entsprechende Gesetzentwürfe eingebracht. Die FDP, selbst in der Regierung, lehnte eine paritätische Mitbestimmung ab und sprach sich für eine Beteiligung in den Aufsichtsräten mit 30% der Arbeitnehmerseite aus. Sie stellte sich auf den Grundsatz des Privateigentums.

Das parlamentarische Verfahren hätte keine größeren Schwierigkeiten mehr zu bringen brauchen, nachdem sich die unmittelbar von der Mitbestimmung Betroffenen, Unternehmer und Gewerkschaften, geeinigt hatten. Auch hatten die CDU und SPD, die beiden führenden Parteien in Regierung und Opposition, sich bis zur zweiten Lesung in wesentlichen Punkten geeinigt. Dennoch kam es bei der dritten Lesung am 10. April zu einer ungewöhnlich angespannten Situation, so daß es für den unbefangenen Beobachter scheinen mußte, als stünde alles wieder auf des Messers Schneide.

Der Grund mag darin gelegen haben, daß seit der Streikandrohung ein gewerkschaftsfeindlicher Zug in die Kommentare der westdeutschen Presse gezogen war. Warum, so fragte man, Mitbestimmung der Gewerkschaften, warum nicht Mitbestimmung der Belegschaften? Man wolle keinen Gewerkschaftsstaat, so lautete die Forderung. Auf dieser Linie äußerte sich auch die Hamburger liberale Wochenzeitung „Die Zeit“.

Gegen diese Angriffe verteidigte der SPD-Sprecher Fritz Henßler aus Dortmund die Gewerkschaften bei der Eröffnung der Bundestagsdebatte am 10. April. Die „alte Ordnung“, so führte er aus, sei „zerschlagen“. Die „Neuordnung“

127 Bundestag Bd. 6, S. 4436. – Imig erwähnte auch den Kampf gegen die Demontage: „Nach 1945 ist unter den schwierigsten Verhältnissen mit dem Wiederaufbau aller Produktionsmittel begonnen worden, und im Kampf gegen die Demontage der Werke haben die Gewerkschaften ihren ganzen Einfluß geltend gemacht, um die Arbeitsstätten zu erhalten. Ohne das verständnisvolle Verhalten des deutschen Arbeiters wäre die bisherige Entwicklung überhaupt nicht möglich gewesen.“ (A.a.O., S. 4437)

müsse auch einen „Wandel der Formen des Zusammenlebens“ bringen und ihn in gesetzlichen Strukturen einbringen. Das gelte auch für die Gewerkschaften. Sie seien kein betriebsfremdes Element, wie es in den letzten Wochen geheißt habe. Habe nicht Adenauer selbst die Leistungen der Gewerkschaften beim Wiederaufbau nach 1945 bei der ersten Lesung gewürdigt?

Die Auseinandersetzungen hatten sich auf die Frage des sogenannten 11. Manns im Aufsichtsrat zugespitzt, dem bei strittigen Entscheidungen die ausschlaggebende Stimme zufallen würde. Die Gewerkschaften wollten auf jeden Fall den Ansatz einer Majorisierung durch die Eigentümer vermeiden. So sollte durch gesetzliche Klauseln gesichert werden, daß dieser 11. Mann nur mit Zustimmung beider Sozialpartner benannt werden könne. Es ging rechtstechnisch eigentlich nur noch um die Ausformulierung eben dieser Klausel, dem § 8 Abs. 3.

Die interne Atmosphäre im Bundestag an diesem Spätnachmittag des 10. April war mit Mißtrauen aufgeladen. Adenauer trat, als sich die rechtstechnische Debatte zuspitzte, an das Rednerpult: „Ich würde es ganz außerordentlich bedauern, wenn dieses sehr wichtige Gesetz, auf dessen Zustandekommen die Bundesregierung einen großen Wert legt, schließlich daran scheitern würde, daß zwei große Parteien im Saale, zwar, wie ich das verstehe, dasselbe wollen, nämlich das wiederherzustellen, was vereinbart worden ist, daß aber eine verschiedene Ausdrucksweise eine solche Meinungsverschiedenheit hervorbringt.“¹²⁸

Schließlich kam eine Formulierung der CDU-Fraktion, die als Vermittlung gedacht war, zur Abstimmung. Die Mehrheit der Abgeordneten, offensichtlich verwirrt, lehnte ab, und das Debakel war da. Die SPD lehnte jetzt die GesamtAbstimmung ab und verlangte, die Beratungen auszusetzen. Das geschah, und die Fraktionen berieten intern, was eigentlich bisher beschlossen worden sei. Die Sitzung wurde von 17.30 Uhr bis 18.45 Uhr unterbrochen. CDU und SPD hatten inzwischen eine Wiederholung der Abstimmung vereinbart. Das widersprach jedoch der Geschäftsordnung. Der Präsident des Bundestags, Ehlers, erklärte sich mit dem Verfahren einverstanden, da bei der Abstimmung offensichtlich ein Irrtum über den Inhalt vorgelegen habe. Die FDP-Fraktion widersprach durch ihren Abgeordneten Euler. Der Bundestagspräsident habe sich mit seiner Fraktion, der CDU, besprochen, wie man das Ding „wohl hinschaukeln könne“.¹²⁹ Er warnte die CDU, daß, wenn sie bei ihrer Haltung verharre, eine „kritische Koalitionslage eintreten könne“. Aber man beruhigte sich. Die Abstimmung wurde wiederholt, eine neue Formulierung des § 8 Abs. 3 lag vor. Es kam zur Abstimmung über den Paragraphen. FDP und DP, beide Regierungsparteien, protestierten gegen das Geschäftsordnungsverfahren, die DP-Fraktion verließ vorübergehend den Saal.

Es folgte die Schlußabstimmung. Die KPD gab eine kurze Erklärung ab, daß sie

128 Bundestag Bd. 6, S. 5083.

129 Bundestag Bd. 6, S. 5112.

das Gesetz ablehne. Darin hieß es: „Dr. Adenauer, der die amerikanische Politik und die Remilitarisierung durchführt, ist Befürworter dieser Gesetzesvorlage. Das sollte jedem Arbeiter und Gewerkschaftler zu denken geben.“¹³⁰ Das Protokoll verzeichnete Gelächter in der Mitte und rechts.¹³¹ Die DP lehnte in ihrer Erklärung aus verfassungsrechtlichen Bedenken ab. Das Gesetz wurde gegen 50 Stimmen angenommen.¹³² Kurz vor Mitternacht verließen die Abgeordneten den Saal.

Mancher war enttäuscht, daß ein so folgenreiches und sozialgeschichtlich bedeutendes Gesetz unter derart unglücklichen und etwas verkorkten Umständen zustandegekommen war, die seiner Bedeutung nicht gerecht wurden. So hatte der eher konservative Düsseldorfer CDU-Abgeordnete Schröder im Verlauf der Debatte zutreffend bemerkt, daß kein anderes Land auf der Welt ein vergleichbares Gesetz kenne, das die Sozialpartnerschaft in der Schwerindustrie konstituiere. Aber man war an jenem 10. April 1951 durch vielerlei Dinge frustriert und zur Feierlichkeit der Stunde nicht aufgelegt.

Am folgenden Tag reiste Adenauer nach Paris. Dort wurde acht Tage später, am 18. April, der Vertrag über die Gründung der Montanunion unterzeichnet, die europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Damit wurde die Ruhr – wie die übrige Schwerindustrie Westeuropas – einer gemeinsamen Behörde aller beteiligten europäischen Länder unterstellt. Die deutsche Schwerindustrie hatte 1951 auch ihren außenpolitischen Zündstoff verloren, mit dem sie sich in den letzten acht Jahrzehnten aufgeladen hatte.

Ein junger französischer Beobachter nahm im Frühjahr 1951 im Bundestag an den Beratungen teil: Alain Peyrefitte. 25 Jahre später hielt er seine damaligen Eindrücke in dem Buch „Le Mal Français“ fest: Der Dynamismus Westdeutschlands habe ihn damals beeindruckt. Man habe alles wiederaufbauen müssen, die Städte, die Kunstwerke, die Verwaltung, die Industrie, ja selbst die Familien, die unter der langen Trennung gelitten hätten. Peyrefitte fährt fort:

„Devant ce champ de ruines, ouvriers et patrons s'étaient dit: 'Nous ne nous en sortirons pas, si nous nous querellons. Travaillons ensemble.'“ Au Bundestag,

130 Bundestag Bd. 6, S. 5114.

131 Die Bayernpartei erklärte durch ihren Sprecher Seelos kurz und bündig: „Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unglücklich und unwürdig, wie der Start dieses ganzen Gesetzes war, so war auch das Ende dieses Gesetzes. Auf gut bayerisch ausgedrückt, es war a Bluttschand!“ (Beifall bei der DP – Große Heiterkeit – Anhaltende Unruhe) (Bundestag Bd. 6, S. 5115).

132 Der Beitrag von Gabriele Müller-List: Adenauer, Unternehmer und Gewerkschaften. Zur Einigung über die Montanmitbestimmung 1950/51, in: Vierteljahreshefte f. Zeitgeschichte Jg. 33 (April 1985), S. 288-309, hebt betont die Rolle Adenauers hervor und verweist auf die innen- und außenpolitischen Zusammenhänge (Wiederaufrüstung), die Adenauer in seinem Einsatz zugunsten der Mitbestimmung im Auge hatte. Das Fazit des Aufsatzes: „Mit der Verabschiedung des Gesetzes über die Montanmitbestimmung hatte die Bundesrepublik kaum zwei Jahre nach ihrer Gründung eine wichtige Bewährungsprobe bestanden. Mit der Einigung zwischen Unternehmern und Gewerkschaften, mit der Befriedigung ideologischer Arbeitnehmerinteressen durch den Bundesgesetzgeber wurde dessen Ansehen gestärkt und das Fundament des neuen Staates gefestigt“ (S. 308).

j'assistai aux débats émouvants sur le Mitbestimmungsrecht dans la sidérurgie – le droit à la cogestion. Chaque entreprise, comme la nation elle-même, était la chose de tous; travailleurs, cadres et patrons devaient participer ensemble à sa gestion et sa prospérité.¹³³

Der Weg vom fürstlichen Bergwerksregal zur Mitbestimmung zog sich durch die deutsche Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts über hundert Jahre lang hin. Er war mit heftig aufbrechenden Sozialkonflikten verknüpft, Klassenkämpfen, wie Marx zu sagen pflegte. Es ist nicht abwegig, auch die beiden großen Kriege in einen Zusammenhang mit diesem ungelösten Sozialkonflikt zu bringen. Tatsächlich brachte erst die Mitbestimmung in der Montanindustrie, die öffentliche Kontrolle und Selbstkontrolle der Wirtschaft, eine gewisse Lösung des Konflikts und ein Minimum an sozialer und nationaler Befriedung. Diese Lösung kam nicht aus dem Augenblick. Sie war als Erwartung, wenn auch nicht als Rezept, seit Jahrzehnten in der deutschen Öffentlichkeit, zumal bei den sozialpolitischen Denkern angelegt. Daß sie wirklich gelang, war eine politisch-soziale Leistung, die nicht nur aus Strukturen ableitbar ist, sondern die auch mit den Leistungen einzelner Persönlichkeiten verknüpft ist, von denen zwei herauszuheben sind: der 76jährige Gewerkschaftsführer Hans Böckler und der 75jährige langjährige Kommunalpolitiker und damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer, die einander dreißig Jahre zuvor zum ersten Mal in der gemeinsamen politischen Tätigkeit in Köln begegnet und seitdem in Verbindung geblieben waren: ein evangelischer Sozialdemokrat und ein katholischer christlicher Demokrat.

133 „Vor diesem Ruinenfeld hatte man sich gesagt, Arbeiter wie Unternehmer: ‚Wir kommen hier nicht heraus, wenn wir uns bekämpfen. Arbeiten wir zusammen!‘ Im Bundestag verfolgte ich die bewegenden Debatten über das Mitbestimmungsrecht in der Stahlindustrie. Jedes Unternehmen, wie die Nation selbst, verstand man als eine Sache, die alle betraf; Arbeiter, Gewerkschaften und Unternehmer sollten gemeinsam an seiner Führung und an seinem Erfolg Anteil haben.“ (Alain Peyrefitte, *Le Mal Français*, Paris 1976, S. 32.) – Vgl. auch : *Alfred Grosser*, *Geschichte Deutschlands seit 1945. Eine Bilanz*, München 1974, S. 292f.